

Volkstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Rastl, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindow, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Bismarck & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. — Für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste L. Nachtrag, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Postung 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.50 Mark, monatlich 1.25 Mark. Im Reichsgebiet 1.25 Mark, im Ausland 1.50 Mark. — Anzeigengebühr: die gespaltene Monoparallele 1.25 Mark, im Reichsgebiet 1.00 Mark, im Ausland 1.25 Mark. — Postfachkonto: Nummer 127 Magdeburg.

Nr. 250. Magdeburg, Dienstag den 25. Oktober 1921. 32. Jahrgang.

Deutschland ohne Regierung.

Wirth gestürzt! — Zurück zu Wirth!

W. B. Berlin, 22. Oktober, 6.45 Uhr abends. Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

In den Abendstunden des Sonnabend wurde vom Wolff-Bureau die obige Meldung verbreitet. Dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Leute in ihren eignen Reihen, die unter allen Umständen zur Koalition mit den Stresemännern kommen wollen, sind die Demokraten und das Zentrum erlegen. Vergeblich war der Protest der sozialdemokratischen Minister

gegen die Herbeiführung einer nutzlosen Krise, über deren Lösung kein Mensch sich klar ist und die trotzdem — was jeder weiß — bis Donnerstag dieser Woche gelöst sein muß.

Die parlamentarischen Kullenschieber von der Demokratischen Partei und vom Zentrum haben die Regierung Wirth gestürzt, noch ehe sie vor den Reichstag treten und dessen Entscheidung anrufen konnte. Sie wußten, daß der Reichstag in einer öffentlichen Sitzung sich der Macht der Gründe beugen und die Politik des Kabinetts Wirth als richtig anerkennen würde. Dies eben mußte verhindert werden. Da man nicht den Mut hatte, das Kabinett in offener Reichstagsitzung zu stürzen, überreichte man ihm hinter den Kulissen die feidene Schnur. Was sich dagetragen hat, ist kein Vorgang, der den Gebräuchen irgendeines parlamentarisch regierten Landes entspricht. Es ist vielmehr eine Art von Palastrevolution, die sich hinter den verschlossenen Türen verschwiegener Nebenräume des Reichstags abgespielt hat, und die den Reichstag selbst und das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen stellt.

Vollendete Tatsachen! Ja, wenn es nur solche wären! Aber die vollendete Tatsache, die durch die

Palastrevolution der Fraktionsvorstände geschaffen wurde, ist vorläufig weiter nichts anderes, als eine große Null. Nach einem alten Sprichwort macht man eine Kanone, indem man ein Loch nimmt und Metall darum gießt. Das Loch ist nun glücklich da; aber woher das Metall kommen soll, das weiß vorläufig kein Mensch.

Regierungskrisen gibt es auch anderswo. Aber dann ist gewöhnlich an Stelle der Regierung, die gestürzt werden soll, schon eine andre im Hintergrund halb fertig, wenn nicht fertig vorhanden. Wenn man glaubt, die Minister-Würger in Berlin hätten schon irgendwelche Vorkehrungen getroffen, um an Stelle des von ihnen gestürzten Kabinetts ein neues zu bilden, dann überschätzt man ihren politischen Verstand. Sie haben ganz einfach das, was vorhanden war, kaputt gemacht, und gedacht, für das Weitere werde Ebert oder der liebe Gott schon sorgen.

Die Berliner Morgenpresse spiegelt dem auch den

Zustand der völligen Ratlosigkeit,

in den die öffentliche Meinung durch den Geniestreich der Petersen, Gaußmann, Max Spahn und Komforten versetzt worden ist. Die beiden demokratischen Blätter „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ sind entgegengesetzter Meinung. Das „Tageblatt“ schwärmt noch immer von der großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei und will, wenn diese nicht aufstünde kommt, die Regierung großmütig den beiden sozialdemokratischen Parteien allein überlassen. Die „Vossische Zeitung“ hält einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für ganz ausgeschlossen, da sich die Deutsche Volkspartei gegen die Entsendung von Verhandlungskommissaren, wie sie die Pariser Note fordert, ausgesprochen hat, während die Parteien der alten Koalition darin übereinstimmen, die Entsendung dieser Kommissare für unbedingt notwendig zu erachten.

Der „Vorwärts“ will nicht, daß sich die Sozialdemokratie etwa gewünschten Verhandlungen über die Koalitionsverbreiterung entziehe, er läßt aber deutlich erkennen, daß ein kaum denkbarer

völliger Scheiternsumsturz bei der Deutschen Volkspartei notwendig

ist, wenn an ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dieser Partei auch nur gedacht werden soll. Er sieht als einzige Möglichkeit die Wiederkehr der alten Koalition, wenn die bürgerlichen Parteien es nicht vorziehen sollten, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden. Das Organ des Zentrums, die „Germania“, erklärt mit größtem

Nachdruck, die Politik Wirths sei richtig gewesen und müsse unter allen Umständen — ob mit oder ohne Wirth — laßt sie offen — weitergeführt werden. Die Presse der Rechten sieht natürlich das Kabinett Wirth und dessen Politik als vollständig erledigt an und läßt ganz deutlich die Hoffnung durchschimmern, daß das Ergebnis dieser Krise

ein bürgerliches Kabinett sein wird,

das natürlich unter deutschnationalem Einfluß stehen würde.

Was soll also werden? Wird die alte Politik, die bisher eine große Mehrheit im Reichstag hatte, weitergeführt oder wird sie auf den Kopf gestellt werden? Werden die Unabhängigen die ausschlaggebende Partei im Reich werden oder wird den Deutschnationalen der entscheidende Einfluß zufallen? Keiner Mensch weiß es! Das soll jetzt in überstürzten Verhandlungen, denn Deutschland kann ja nicht wochenlang ohne Regierung bleiben, hinter den Kulissen ausgeknobelt werden. Ist das eine vernünftige Politik? Geht das Demokratie?

Die Sozialdemokratische Partei hat dieses Unheil vorausgesehen und dringend vor ihm gewarnt: leider vergebens! Es wäre begreiflich, wenn sie im ersten Zorn erklären würde, daß sie mit so kopflösen Politikern, wie den Herren von den bürgerlichen Koalitionsparteien überhaupt nichts mehr zu tun haben wolle. Aber aus bloßer Verärgerung darf man nicht Politik treiben, das hieße den Fehler, den die bürgerlichen Koalitionsparteien gemacht haben, auf anderem Gebiet wiederholen. Eine große Partei darf es nicht machen wie ein Kind, das, wenn es böse ist, seine Puppe nimmt und geht.

Die Sozialdemokratische Partei wird also, wenn man sie darum ersucht, sich bemühen, die Dummheiten der bürgerlichen Politiker wieder zu korrigieren. Sie wird sich aber nicht in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einlassen, wenn diese nicht Beweise einer vollständig geänderten Gesinnungsart gibt, und solche Beweise sind kaum zu erwarten. Sie wird auch nicht den freundlichen Rat des „Berliner Tageblattes“ befolgen, in diesem Augenblick eine rein sozialistische Regierung zu bilden, die keine feste und zuverlässige Mehrheit im Reichstag hinter sich hat, und nur dazu bestimmt wäre, der Prügeljunge für die bürgerlichen Besserwisser zu werden. Sie weiß also in dieser Situation der Ratlosigkeit, die durch das sinnlose Treiben der bürgerlichen Politiker geschaffen worden ist, keinen andern Rat: Zurück zur alten Koalitionsregierung mit Wirth an der Spitze!

Ein Schreiben des Kanzlers.

Reichskanzler Dr. Wirth hat am Sonnabend dem Reichspräsidenten die Demission des gesamten Kabinetts erklärt und zur Begründung folgendes Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatum zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstlichen Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiederherstellung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volk auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Nachtrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands betragsmäßige Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befreiung der Ruhrschäfen restlos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Reichsempfinden des deutschen Volkes und der Oberschlesier sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitaus überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungsstätten der deutschen Eisenerze entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Ab-

stimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat sich erheblich verengert haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsache hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez.: Der Reichskanzler Dr. Wirth.

An die Ueberreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Der Stand der Krise.

Am Sonntag vormittag waren die Parteiführer zu Einzelbesprechungen vom Reichspräsidenten in Berlin. Der Reichspräsident besprach die Lage mit dem Präsidenten des Reichstags, Genossen Löbe, und empfing Vertreter des Zentrums, der Demokraten, Sozialdemokraten, aber auch die Führer der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen. Ein bestimmtes Ergebnis hatten diese Besprechungen nicht.

Später fand ein Meinungsaustausch zwischen den alten Koalitionsparteien statt; an diesen unverbindlichen Besprechungen nahmen auch Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen teil.

Der Kern der Krise ist die Frage, ob Deutschland zu den von der Entente geforderten wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen Vertreter entsenden soll oder nicht. Die Deutsche Volkspartei hat ihren ersten Beschluß, nach welchem sie die Entscheidung über Oberschlesien ablehnt, durch einen weiteren ergänzt, wonach sie auch die Verhandlungen mit Polen ablehnt. Das Zentrum versichert, daß es die Politik des Kabinetts weiterführen will; die Demokraten wissen nicht, was sie wollen. Im „Berliner Tageblatt“ tritt Theodor Wolff für die Abschmung und Erdrosselung Polens ein und der Anfang soll mit dem ober-schlesischen Industriegebiet gemacht werden. Wolff verlangt die Propagierung einer Massenwanderung der Deutschen aus Oberschlesien. In der ebenfalls demokratischen „Vossischen Zeitung“ wird gerade das Gegenteil verlangt und festgestellt, daß sich die Deutsche Volkspartei mit ihrem Beschluß die Tür zur „großen Koalition“ selbst zugeschlagen hat.

Der Deutschen Volkspartei ist es aber offenbar bei ihren Erklärungen darum zu tun gewesen, sich eine Rückendeckung gegen die Agitation der Deutschnationalen zu verschaffen. Sie sucht bereits nach einem Ausweg, um die zugeschlagene Tür wieder zu öffnen. Nach einem Berliner Montagblatt sehen Kreise in der Deutschen Volkspartei darin, daß die Entente anerkenne, die Entsendung von deutschen Unterhändlern bedeute keine Anerkennung der Genfer Entscheidung.

Die Demokraten wollen in die alte Koalition nicht zurückkehren, wenn sie nicht durch die Deutsche Volkspartei erweitert wird; sie sind anscheinend zu jeder Politik bereit, wenn nur auch die Stresemänner mitmachen.

Viel Zeit zum Finden einer Lösung, zum Bauen von Formeln, die den bürgerlichen Parteien die Agitation nicht erschweren — und darauf kommt es den Demokraten und Volksparteitlern ausschließlich an —, steht aber nicht zur Verfügung. Spätestens am Donnerstag müssen die Vertreter Deutschlands ernannt sein, wenn wir uns nicht der Gefahr neuer Repressalien aussetzen wollen oder die Entente auf insändige Bitten sich bereit erklärt, noch einige Tage zu warten, bis sich die bürgerlichen Parteien aus dem Rudel umdrehen, den sie angerichtet haben, herausfinden.

Inzwischen sitzt der Reichstag, der von den Führern der bürgerlichen Parteien ausgeschaltet ist, in Berlin herum.

Walhalla-Theater
Parterresaal 3340



Gustav Kluck
Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr
Kinder-Vorstellung
Zum ersten Male:
Der Bärenhäuter
Mädchen in 4 Akten
von Lusia Sohn
Abends 7 1/2 Uhr
Familien-Vorstellung
Neues Programm
**Grifa, ein Mädchen
aus dem Wolfe.**
Ein Bild aus dem Groß-
stadtleben in 2 Akten.
Nach einer wahren Be-
gebenheit bearbeitet von
Gustav Kluck.
**Der Riffolo vom
Zentralhotel.**
Burleske von Geling
von Gustav Kluck.
Das neue Dienstmädchen
Poljem. Gesang von Anton
Sauptrollen in all. Stücken
Gustav Kluck.



LÄNDE
Zigensinn von bekannten Günstern

Stadt Loburg
Heute sowie jeden Sonntag ab 4 Uhr:
Großer Gesellschafts-Ball.
Im Café ab 4 Uhr: **Konzert**

UT Gr. Storchstr. UT Buckau UT
Erstaufführung des gewaltigsten Filmtwerks der Welt
gleichzeitig in Magdeburg und in Buckau
Anfang 5 Uhr — Sonntags 3 Uhr — Letzte Vorstellung 8 1/2 9 Uhr

(Vortrags-Zyklus Wolf & Ruthe)
Vierter Vortrags-Abend
Sonnabend den 5. November, abends 8 Uhr,
im Stadtmissionssaal
Heiterer Abend
Roda-Roda
Karten 9.00, 7.20, 4.80 — nur noch wenige Karten.
Vortragsleitung Wolf & Ruthe
Freitag den 28. Oktober, abends 7 1/2 8 Uhr, im
Kristallpalast, spricht
Ferdinand Freilherr **von Reitzenstein** über
Zeugung und Werden des Menschen
mit 80 zum Teil farbigen Lichtbildern
Ursprung d. Lebens — Atome — Kolloide — Zelle —
Reifung — Menstruat. — Befrucht. — Entwickl. — Geburt
Karten bei Wolf & Ruthe, Große Mützenstraße 15. — Tel. 8496.

Kaiserhalle
Kaiserstraße 100. Sub. Mag Richter. Telefon 2630.
Ab Dienstag den 25. Oktober 2951
Großer Geldpreis-Stat
1. Preis 3000 RM. 2. Preis 2000 RM.
3. Preis 1500 RM. 4. Preis 1000 RM. usw.
Außerdem täglich Pointpreise zur Verteilung.
Anfang nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Es ladet ergebenst ein Mag Richter.

Nobody
Der Geheimnisvolle!
Heute bis Montag 4 Abenteuer:
1. Der geheimnisvolle Passagier | 3. Eine tolle Nacht im Varieté
2. Der Meister des Staffs | 4. Ein Schrei in der Nacht
Nobody — Sylvester Schäffer.
Dazu: 2945
Erstaufführung des Wanda-Treumann-Sensationschlagers
Die Frau mit den 10 Masken — Das Grab ohne Toten
6 Akte 6

Kammer-Lichtspiele
307

Heute **Sonntag** nachmittag
von 4 Uhr an
Groß. Gesellschaftsball
Wie immer 2949
erstklassige Ballmusik
Freddrichs Festsäle, Hofjäger,
Hohenzollernpark, Wilhelmspark.

Heute und morgen
Der mit Spannung erwartete Sportfilm
Dempsey-Carpentier
Der Kampf um die Weltmeisterschaft.
3 Teile.
Die Welt-Sensation!
Das neuzeitliche Monumental-Sen-
sations-Drama.
Der erste Abenteuer-Film zur See
Das Floß der Toten
Drama v. Karl Figdor. Regie: Karl Boese.
Sauptrollen:
Egede Riffen, Otto Gebähr, Karl Ciewing.
Von der gesamten Presse auf das
glänzendste krit. lert!
Wir empfehlen die Nachm.-Vorstellungen.
Beginn der ersten Vorstellung 3 1/2 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
Gr. Frühvorstellung.

Circus-Blumenfeld-Gebäude
Königsstraße 62/63 Telefon 7666
Circus
Strußburger
Heute Sonntag, 23. Oktober
prunkvolle
2 Hauptvorstellungen
nachm. 3 1/2 Uhr — abends 7 1/2 Uhr
In jeder Vorstellung
— 30 Sensationen —
Probe Tierchen Fütterung täglich 10—12 Uhr
Ballette heute Sonntag
mit Circusbasse 10—11 Uhr und
1 Stunde vor Beginn.

Reichhalt. buff. Mittag-
u. abendlich à 2.25 Stk.
Sekt. und Cognac-à la Carte
Kofe, Schweißgerichte, 22./28/96
Burg.
Jeden Sonntag von
3 1/2 Uhr an:
TÄNZ:
Konzerthaus 2961
Grand Salon
Stadt Magdeburg
Schützenhaus
Wilhelmspark
Zentralhalle.

Admirals-Palast
Heute Sonntag 3056
Gesellschaftsball
Prima Ballmusik.

Wilhelma
Im Prunksaal
Gesellschaftsball
Neues Orchester. 2960

Salzquelle
Heute sowie
jeden Sonntag
Konzert
Anfang 8 Uhr. 3127

Hohenzollern
Reichweg
Kaffee
11—1 Uhr: Kaffee — ab 2 1/2 Uhr: Konzert
Wein-Restaurant Salon-Bar
Konzert-Tisch Schaulust-Tisch
11 1/2—4 Uhr: Melba-Stunde 3122
Kleinkunstbühne
Täglich 6 Uhr.
Das einzig dastehende
! Oktober-Programm !
Heute 4-Uhr-See 3121

Konzerthaus
Leipziger Straße 62.
Heute Sonntag in beiden Sälen ab nachm. 4 Uhr
Großer Gesellschaftsball
Doppelorchester. 2963

Lichtspielhaus 307
Panorama
Heute und morgen
Ein Meisterfilm von Karl Wilhelm
im Stile von „Rann ohne Namen“
**Das gestohlene
Millionenrezept**
eine abenteuerliche Diebesgeschichte in 6 Akten
Sauptrollen:
Harald Paulsen — Lia Eibenschütz —
Heinrich Beer — Armin Sonntag —
Lina Salten — Magard Stifter
Elyb Eind, Max Hubber, Joseph Kömer
spielen die Hauptrollen in dem Kriminaldrama
Das schleichende Gift
5 Akte, von Siegfried Philipp.
Beginn der ersten Vorstellung
3 1/2 Uhr nachmittags.

Volkstimme

Einzelpreis 40 Pf.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Albert Raut, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Scharf, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co. Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernrufnummer 111. — Für Inserate 1917 für die Redaktion 1794 für den Verlag 2, die Druckerei 961. Postzeitungsliste L. Nr. 121, Seite 17. — Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 11.00 Mark, monatlich 3.00 Mark. Bei den Postämtern vierteljährlich 11.90 Mark, monatlich 3.90 Mark. — Anzeigengebühren die Spezialtarife Kompartimentsliste 1.23 Mark, im Restamt 1.00 Mark. — Anzeigen-Konten gehen verloren, wenn nicht binnen 30 Tagen Zahlung erfolgt. — Postkontennummer: 122 Magdeburg.

Nr. 250.

Magdeburg, Dienstag den 25. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

Deutschland ohne Regierung.

Wirth gestürzt! — Zurück zu Wirth!

W. B. Berlin, 22. Oktober, 6.45 Uhr abends. Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

In den Abendstunden des Sonnabend wurde vom Stöck-Bureau die obige Meldung verbreitet. Dem Druck der Deutschen Volkspartei und der Leute in ihren eignen Reihen, die unter allen Umständen zur Koalition mit den Stresemännern kommen wollen, sind die Demokraten und das Zentrum erlegen. Wergeblich war der Protest der sozialdemokratischen Minister

gegen die Herbeiführung einer nutzlosen Krise, über deren Lösung kein Mensch sich klar ist und die trotzdem — was jeder weiß — bis Donnerstag dieser Woche gelöst sein muß.

Die parlamentarischen Kullissenhieber von der Demokratischen Partei und vom Zentrum haben die Regierung Wirth gestürzt, noch ehe sie vor den Reichstag treten und dessen Entscheidung anrufen konnte. Sie wußten, daß der Reichstag in einer öffentlichen Sitzung sich der Macht der Gründe beugen und die Politik des Kabinetts Wirth als richtig anerkennen würde. Dies eben mußte verhindert werden. Da man nicht den Mut hatte, das Kabinett in offener Reichstagsitzung zu stürzen, überreichte man ihm hinter den Kulissen die leidene Schnur. Was sich da zugetragen hat, ist kein Vorgang, der den Geschehnissen irgend eines parlamentarisch regierten Landes entspricht. Es ist vielmehr eine Art von Palastrevolution, die sich hinter den verschlossenen Türen verschwiegener Nebenräume des Reichstags abspielt, und die den Reichstag selbst und das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen stellt.

Vollendete Tatsachen! Ja, wenn es nur solche wären! Aber die vollendete Tatsache, die durch die

Palastrevolution der Fraktionsvorstände geschaffen wurde, ist vorläufig weiter nichts anderes, als eine große Null. Nach einem solchen Nichtwort macht man eine Kanone, indem man ein Loch nimmt und Metall darum gießt. Das Loch ist nun glücklich da; aber woher das Metall kommen soll, das weiß vorläufig kein Mensch.

Regierungskrisen gibt es auch anderswo. Aber dann ist gewöhnlich an Stelle der Regierung, die gestürzt werden soll, schon eine andere im Hintergrund halb fertig, wenn nicht fertig vorhanden. Wenn man glaubt, die Ministerführer in Berlin hätten irgendwelche Vorkehrungen getroffen, um an Stelle des von ihnen gestürzten Kabinetts ein neues zu bilden, dann überschätzt man ihren politischen Verstand. Sie haben ganz einfach das, was vorhanden war, kaputt gemacht, und gedacht, für das Weitere werde Eberl oder der liebe Gott sorgen.

Die Berliner Morgenpresse spiegelt dem auch den Zustand der völligen Ratlosigkeit,

in den die öffentliche Meinung durch den Geniestreich der Petersen, Gaußmann, May Spahn und Konsorten versetzt worden ist. Die beiden demokratischen Blätter „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ sind entgegengesetzter Meinung. Das „Tageblatt“ schwärmt noch immer von der großen Koalition mit der Deutschen Volkspartei und will, wenn diese nicht aufstehe, die Regierung großmütig den beiden sozialdemokratischen Parteien allein überlassen. Die „Vossische Zeitung“ hält einen Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für ganz ausgeschlossen, da sich die Deutsche Volkspartei gegen die Entlassung von Verhandlungskommissaren, wie sie die Pariser Note fordert, ausgesprochen hat, während die Parteien der alten Koalition darin übereinstimmen, die Entsendung dieser Kommissare für unbedingt notwendig zu erachten.

Der „Vorwärts“ will nicht, daß sich die Sozialdemokratie etwa gewünschten Verhandlungen über die Koalitionsverbreiterung entziehe, er läßt aber deutlich erkennen, daß ein kaum denkbarer

völliger Stimmungsumsturz bei der Deutschen Volkspartei notwendig

ist, wenn an ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit dieser Partei auch nur gedacht werden soll. Er sieht als einzige Möglichkeit die Wiederkehr der alten Koalition, wenn die bürgerlichen Parteien es nicht vorziehen sollten, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden. Das Organ des Zentrums, die „Germania“, erklärt mit größtem

Nachdruck, die Politik Wirths sei richtig gewesen und müsse unter allen Umständen — ob mit oder ohne Wirth läßt sie offen — weitergeführt werden. Die Presse der Rechten sieht natürlich das Kabinett Wirth und dessen Politik als vollständig erledigt an und läßt ganz deutlich die Hoffnung durchschimmern, daß das Ergebnis dieser Krise

ein bürgerliches Kabinett sein wird,

das natürlich unter deutschnationalem Einfluß stehen würde. Was soll also werden? Wird die alte Politik, die bisher eine große Mehrheit im Reichstag hatte, weitergeführt oder wird sie auf den Kopf gestellt werden? Werden die Unabhängigen die ausschlaggebende Barriere im Reich werden oder wird den deutschnationalen Parteien der entscheidende Einfluß zufallen? Kein Mensch weiß es! Das soll jetzt in überstürzten Verhandlungen, denn Deutschland kann ja nicht wochenlang ohne Regierung bleiben, hinter den Kulissen ausgemacht werden. Ist das eine vernünftige Politik? Geht das Demokratie?

Die Sozialdemokratische Partei hat dieses Unheil vorausgesehen und dringend vor ihm gewarnt: leider vergebens! Es wäre begreiflich, wenn sie im ersten Zorn erklären würde, daß sie mit so kopflozen Politikern, wie den Herren von den bürgerlichen Koalitionsparteien überhaupt nichts mehr zu tun haben wolle. Aber aus bloßer Verärgerung darf man nicht Politik treiben, das hieße den Fehler, den die bürgerlichen Koalitionsparteien gemacht haben, auf anderem Gebiet wiederholen. Eine große Partei darf es nicht machen wie ein Kind, das, wenn es böse ist, seine Puppe nimmt und geht.

Die Sozialdemokratische Partei wird also, wenn man sie darum ersucht, sich bemühen, die Dummheiten der bürgerlichen Politiker wieder zu korrigieren. Sie wird sich aber nicht in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einlassen, wenn diese nicht Beweise einer vollständig geänderten Gesinnungsart gibt, und solche Beweise sind kaum zu erwarten. Sie wird auch nicht den freundlichen Rat des „Berliner Tageblattes“ befolgen, in diesem Augenblick eine rein sozialistische Regierung zu bilden, die keine feste und zuverlässige Mehrheit im Reichstag hinter sich hat, und nur dazu bestimmt wäre, der Brügeljunge für die bürgerlichen Verrückten zu werden. Sie weiß also in dieser Situation der Ratlosigkeit, die durch das sinnlose Treiben der bürgerlichen Politiker geschaffen worden ist, keinen anderen Rat: Zurück zur alten Koalitionsregierung mit Wirth an der Spitze!

Ein Schreiben des Kanzlers.

Reichskanzler Dr. Wirth hat am Sonnabend dem Reichspräsidenten die Demission des gesamten Kabinetts erklärt und zur Begründung folgendes Schreiben überreicht:

Sehr Reichspräsidenten!
In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatum zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es seine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstesten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiedererrichtung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volk auferlegten überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Barbetrag von einer Milliarde Goldmark zum 31. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entwaffnung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. Es durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Besetzung der Ruhrhäfen restlos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Reich empfinden des deutschen Volkes und der Oberschlesier sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspreche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitläufig überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Bearbeitungsstätten der deutschen Heimat entrisen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Ab-

stimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemals wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehlos hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat sich erheblich verengert haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist.

In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen, den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen. gez.: Der Reichskanzler Dr. Wirth.

An die Ueberreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Der Stand der Krise.

Am Sonntag vormittag waren die Parteiführer zu Einzelgesprächen mit dem Reichspräsidenten erschienen. Der Reichspräsident besprach die Lage mit dem Präsidenten des Reichstags, Genossen Löbe, und empfing Vertreter des Zentrums, der Demokraten, Sozialdemokraten, aber auch die Führer der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen. Ein bestimmtes Ergebnis hatten diese Besprechungen nicht.

Später fand ein Meinungsaustausch zwischen den alten Koalitionsparteien statt; an diesen unverbindlichen Besprechungen nahmen auch Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen teil.

Der Kern der Krise ist die Frage, ob Deutschland zu den von der Entente geforderten wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen Vertreter entsenden soll oder nicht. Die Deutsche Volkspartei hat ihren ersten Beschluß, nach welchem sie die Entscheidung über Ober-schlesien ablehnt, durch einen weiteren ergänzt, wonach sie auch die Verhandlungen mit Polen ablehnt. Das Zentrum versichert, daß es die Politik des Kabinetts weiterführen will; die Demokraten wissen nicht, was sie wollen. Im „Berliner Tageblatt“ tritt Theodor Wolff für die Abschnürung und Eroberung Polens ein und der Anfang soll mit dem ober-schlesischen Industriegebiet gemacht werden. Wolff verlangt die Propagierung einer Massen-emigration der Deutschen aus Oberschlesien. In der ebenfalls demokratischen „Vossischen Zeitung“ wird gerade das Gegenteil verlangt und festgestellt, daß sich die Deutsche Volkspartei mit ihrem Beschluß die Tür zur „großen Koalition“ selbst zugeschlagen hat.

Der Deutschen Volkspartei ist es aber offenbar bei ihren Erklärungen darum zu tun gewesen, sich eine Rückendeckung gegen die Agitation der deutschnationalen zu verschaffen. Sie sucht bereits nach einem Ausweg, um die zugeschlagene Tür wieder zu öffnen. Nach einem Berliner Montagsblatt sehen Kreise in der Deutschen Volkspartei darin, daß die Entente anerkenne, die Entsendung von deutschen Unterhändlern bedeute keine Anerkennung der Genfer Entscheidung.

Die Demokraten wollen in die alte Koalition nicht zurückkehren, wenn sie nicht durch die Deutsche Volkspartei erweitert wird; sie sind anscheinend zu jeder Politik bereit, wenn nur auch die Stresemänner mitmachen.

Biel Zeit zum Finden einer Lösung, zum Bauen von Formeln, die den bürgerlichen Parteien die Demotivation nicht erschweren — und darauf kommt es den Demokraten und Volksparteilern ausschließlich an —, steht aber nicht zur Verfügung. Spätestens am Donnerstag müssen die Vertreter Deutschlands ernannt sein, wenn wir das nicht der Gefahr neuer Repressalien aussetzen wollen oder die Entente auf inländische Bitten hin bereit erklärt, noch einige Tage zu warten, bis sich die bürgerlichen Parteien aus dem Kuddelmuddel, den sie angerichtet haben, herausfinden.

Inzwischen sitzt der Reichstag, der von den Schiefern der bürgerlichen Parteien ausgehollt ist, in Berlin herum

Provinz und Umgegend.

Beamtenforderungen.

Das Provinzialkartell Sachsen des Deutschen Beamtenbundes hielt am 15. und 16. Oktober eine Tagung in Magdeburg ab. Das Provinzialkartell zählt gegenwärtig 55 000 Mitglieder...

Im Anschluß an die Referate des Regierungsrats Dietrich (Kassel) über die Ortsklassenfrage und des Bundesdirektors Kemmers über die Politik des Deutschen Beamtenbundes wurde dem Vorstand eine Entschädigung zur Erledigung übergeben...

Vom Demokraten zum Sozialdemokraten.

Ueber die Gründe seines von uns kürzlich gemachten Abtritts von der Deutschen demokratischen Partei zur Sozialdemokratischen Partei gibt der heftige Unterstaatsminister Dr. Straeder in einem Brief aus Genf wertvolle Aufschlüsse.

Nach reiflicher Überlegung, zuletzt noch unter den starken Eindrücken eines mehrwöchigen Studienaufenthaltes im Ausland, habe ich mich entschlossen, zur Sozialdemokratischen Partei überzutreten.

1. Als Rubendorfs verhängnisvolle, gänzlich unorbereitete und uneingeschränkte Vorkröteklärung allen früheren Autoritäten im Deutschen Reich den Boden unter den Füßen forttrieb, als unser Volk ähnlich dem russischen ins Bodenlose zu versinken drohte, da war es die Sozialdemokratie, die den fürchterlichen Sturz auffing und das rechtzeitige Einlenken in neue geordnete Bahnen ermöglichte.

2. Die Sozialdemokratie ist auch heute noch das zuberlickigste Volkswerk für die republikanische Staatsform, die einzige, die innen- und außenpolitisch für das neue Deutschland möglich ist.

3. Die Sozialdemokratie ist diejenige Partei, die uns am ehesten wieder über den Abgrund des Kriegeschaufes hinüber tragfähige Brücken zu den andern Völkern hin zu bauen vermag.

4. Die Sozialdemokratie ist zugleich die stärkste Position gegen die kapitalistisch-imperialistischen Reaktionsregierungen bei den Siegervölkern, denen unsere frühere Kriegspolitik in den Sattel geholfen hat.

5. Die Sozialdemokratie ist die nationale Partei, die dem heutigen Deutschland in all seiner Not neue Wege zu einer neuen Weltstellung zeigt, nachdem uns alle früheren Wege durch die Katastrophe von 1914 verstrübelt sind.

6. Die Sozialdemokratie ist die Menschheitspartei, die über den Europa und die ganze Welt zerstreuten nationalen Egoismus und Brutalitäten den Boden des gemeinsamen Kulturinteresses zu gewinnen strebt, auf dem die Völker ihre berechtigten und wertvollen Eigenarten in friedlich-rechtlicher Zusammenarbeit erst wahrhaftig zur Geltung zu bringen vermögen.

7. In der Sozialdemokratie leben, wenn auch in mancherlei Befreiungen, die besten Ideen unserer größten deutschen Denker am stärksten fort und finden hier die Stoffkraft der Massen, ohne die sie verurteilt wären, bloße schöne Phantasiegemälde zu bleiben.

Für so manchen aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung und in den demokratischen Reihen wäre es überaus wertvoll, würde er sich diese Worte gründlich durch den Kopf gehen lassen und dann die Nutzenwendung daraus ziehen. Man gebe sich doch einmal Rechenschaft über das, was die Sozialdemokratie will, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Sozialdemokratie die wirkliche demokratische Partei ist.

Deutsche Försterverbundstagung.

Vom 19. bis 22. Oktober jagte in Wehlen die Vertreterversammlung des Deutschen Försterverbundes. Die Bundesversammlung beschäftigte sich mit der Beratung von zahlreichen wirtschaftlichen und fachlichen Fragen der mittleren Forstbeamten Deutschlands. Die augenblickliche Forderung des Dienstpflichtenkreises der Forstbetriebsbeamten wurde als absolut unzulänglich und nicht in Uebereinstimmung mit den tatsächlichen Leistungen der Förster bezeichnet.

Kreis Banzleben.

Diesdorf, 24. Oktober. (Sozialdemokratischer Bericht.) In der Mitgliederversammlung erlittete Genosse Herz Bericht vom örtlichen Parteitag. Der Koalitionsbescheid, die Steuerfragen und die Regierungsabhandlung wurden behandelt.

effante Verarmung ihr Ende. — Eine öffentliche Versammlung findet am Dienstag abend 8 Uhr im Pächlichen Lokal statt. Landtagsabgeordneter Genosse Brandenburg (Stendal) spricht über politische Tagesforderungen.

Klein-Ottersleben, 24. Oktober. (Nächtliche Schiebereien) kommen jetzt wiederholt vor. Die Schützen sollen ängstliche Hausbesitzer sein, die aus Furcht vor Spitzböden aufs Geratewohl einige Schüsse in die Nacht hinein abfeuern.

Groß-Ottersleben-Benedenbed!

Am Dienstag den 25. Oktober, abends 8 Uhr, spricht in den „Banjaleen“ in Gr.-Ottersleben

Staatsratspräsident Genosse Deist aus Dessau

über

Was soll werden?

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 24. Oktober. (Ortsausschüttung.) Die Ortsgruppe Burg des Kupferschmiedeverbandes hat sich anameldet während Ortsgruppen der Musiker und Wäcker wieder aufgelöst sind.

Das Problem der Arbeitszeiterklärung hat die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten beschäftigt; harte Kämpfe wurden darum geführt. Endlich wurde durch die Revolution der Achtstundentag erreicht.

Er sprach vom Gesetz über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter. Das Problem der Arbeitszeiterklärung hat die Arbeiterschaft seit Jahrzehnten beschäftigt; harte Kämpfe wurden darum geführt.

Das bedeutet eine Zerstückelung des Arbeitsrechts. Aber auch für die gewerblichen Betriebe besteht in Zukunft der Achtstundentag nicht mehr, wenn dieser Entwurf Gesetzkraft erhält.

Das Bestreben der Arbeiterschaft, an Sonn- und Feiertagen weniger als 8 Stunden zu arbeiten, dürfte nicht auf Kosten des Achtstundentags, also durch Verlagerung der Arbeitszeit an den übrigen Wochentagen, erreicht werden.

Er gestattete auch für Lehrlinge, die die Fortbildungsschule besuchen, eine 54stündige Arbeitswoche. Weiter dürfen nach dem Entwurf in Betrieben mit Schichtwechsel 56 Stunden gearbeitet werden, und es soll erlaubt sein, Jugendliche von 16 bis 18 Jahren unter Tage zu beschäftigen.

Die Arbeiterschaft muß die schärfste Kampfstellung gegen den Gegenentwurf einnehmen, denn wäre erst der Achtstundentag gefallen, dann würden auch alle anderen sozialen Erwerbungsfragen wieder verlorengehen.

Die einseitige Regelung der Arbeitszeit und ein einseitiges Arbeitsrecht ist die Forderung der Arbeiterschaft. Schärfer Protest gegen den Gegenentwurf wurde in einer Entschließung angenommen.

Empfohlen wurde, Verhandlungen möglichst in Klause ohne Vierzweckentwurf zu verlegen und durch Enthaltenspolitik Selbsthilfe zu üben. Der Vorstand soll mit Wirten und Brauereiführung in dieser Angelegenheit nehmen.

Die Abrechnung wies eine Einnahme von 13 124 Mark und eine Ausgabe von 10 210 Mark auf, so daß ein Bestand von 2 913 Mark zu verzeichnen ist. Die Sammlung für die Kasse ergab 7401 Mark.

Bei der Bekehrung dieser Angelegenheit konnte es sich um die Kommunität nicht verweisen, das alte Märchen von den an die Ablieferung des Geldes vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde geknüpften Bedingungen wieder aufzuwärmen, fand damit aber bei den Delegierten wenig Anklang.

Der Entwurf wurde noch, daß die Sportvereine, die die Kolonne am meisten brauchen, auch zur Unterstützung der Kolonne beitragen müßten. Es wurde erwartet, daß das Sportkartell seinen Beitrag reichlich leistet.

Burg, 24. Oktober. (Funder Schuldeputationsfrage)

wurde ein Vertrag abgeschlossen, in dem sich die Jahrszins- und Zinsen zur zehnjährigen Behandlung sämtlicher Kinder der hiesigen Schulankalten bereit erklären. Die Gebühr für die Behandlung beträgt halbjährlich 250 Mark pro Kopf und ist im Voraus zu entrichten.

Burgelbehändlung, Wirtstätten und Reinigung des Gefäßes. Den Eltern der Kinder steht das Recht der freien Wahl unter den Zahnärzten und Technikern zu. Die Kassenräume der Allgemeinen Ortskrankenkasse befinden sich jetzt in der Bahnhofsstraße Nr. 4.

Wolterdorf 2, 24. Oktober. (Die Volksversammlung.) in der unsere Landtagsabgeordnete Genossin Bollmann sprach, war sehr gut besucht, erfreulich ist es, daß die Frauen sich so zahlreich an der Versammlung beteiligt haben.

An die Arbeiterjugendvereine. Der Werbebezirk Neuhalbensleben hält am 29. und 30. Oktober in Hundsburg einen Werbebezirkstag ab.

Neuhalbensleben, 24. Oktober. (Zur Einweihung) der erneuerten Versammlungsräume hatten sich die Genossen zahlreich eingefunden. Der Arbeitergefangener in verdächtige den Abend.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

Kasse, 24. Oktober. (Opfer der Arbeit.) In der Zuderfabrik hat sich ein bedauerlicher Unfall ereignet. Der Arbeiter Dohert wurde von der Schnitzmaschine erfaßt und so schwer am Arm verletzt.

Schönebeck, 24. Oktober. (Eine gut besuchte öffentliche Versammlung) fand am Donnerstag im Stadtpark statt. An Stelle des Genossen Silberhmidt trat Landtagsabgeordneter Mayer (Solingen) ein.

NUR DIE UMGEHENDE ANMELDUNG ZUR MIAMA 1922 DER AUSSTELLUNG DES WIEDERAUFBAUES SICHERT NOCH EINEN GÜNSTIGEN PLATZ

Billige und doch Qualitäts-Schuhwaren kaufen Sie noch immer im Schuhhaus COORS

Wer an Gähnerungen leidet bitte sich mit dem Refex zu versehen. Dieses Mittel ist das in allen Drogerien und Apotheken erhältlich.

Reichsbeirat für körperliche Erziehung.

Der beratende Ausschuss der Reichsregierung für Turn- und Sportfragen hielt unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schulz seine zweite diesjährige Sitzung ab.

Ausführlich wurden die verschiedenen Steuergesetze besprochen. Nach den Ausführungen des Finanzministeriums sind vom 15. Dezember an höchstens alle Amateur-, Turn- und Sportveranstaltungen luftfahrtssteuerfrei.

Ferner soll seitens der Verbände versucht werden, einen Anteil aus den Einnahmen des bevorstehenden Kennzeichen-gesetzes der Turn- und Sportfrage zuzuführen.

Der Reichsbeirat hat die Reichsregierung einstimmig sich für die Durchführung der Turnprüfung an höheren Schulen und für das unbefristete Recht aller Schüler und Schülerinnen auf Jugendzeitung zu den Jugendabteilungen der Turn- und Sportvereine ausgesprochen.

Eine energische Aktion soll zur Kostenbeseitigung der Hallenschwimmbäder und Verbilligung der Badepreise eingeleitet werden.

Fußball.

Verbandsspiele in der 1. Klasse der Südgruppe 1921/22.

Table with 7 columns: Name des Vereins, Spiele, Gew., Unent., Verl., Punkte, Bemerkungen. Lists results for various clubs like Sportfreunde Magdeburg, Turner Bismarck, etc.

Verbandsspiele in der 1. Klasse der Nordgruppe 1921/22.

Table with 7 columns: Name des Vereins, Spiele, Gew., Unent., Verl., Punkte, Bemerkungen. Lists results for clubs like Turnklub Magdeburg, Germania, etc.

Sportfreunde Magdeburg gegen Weißhof I (1:1 - 0:1). Die sehr lebhaft entwickelte Begegnung schenkte kein besonders hervorragendes Spiel zu sehen.

Als Gedicht im Tor jeder Situation gewachsen. Mit bewundernswürdiger Sicherheit meisterte er alle Bälle. Interessant und offen verlief das Spiel trotz des Windes bis zum Schluß.

Turnen.

Freie Turner Wettbewerbe. Am Freitag den 28. Oktober, abends 8 Uhr, findet im 'Weiden Schwa' ein Elternabend statt. Schüler- und Schülerinnenabteilungen werden Geräteräumen, Freidübungen und Vorträge geben.

Leichtathletik.

Magdeburg. Waldlauf. Die 4. Gruppe des 2. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltete am Sonntag im Gelände des Friedberger Bades einen Waldlauf über 3000 Meter für Mitglieder und über 2000 Meter für Jugendliche.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Radspport.

Arbeiter-Radfahrerklub Solidarität (Ortsgruppe Raabeburg). Rene Reustadt teilte am Sonntag im 20. Stiftungsfest verbunden mit Pannenerbe. Nach einem gut gelaunten Prolog hielt Genosse D. Dähms eine kurze, wahrhaft Herbe, in der er der Jugend des Vereins, die aus sich heraus das betriebsfähige Banner geführt hatte, anerkennenden Dank und Anerkennung sagte.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Aus dem bürgerlichen Sportlager.

Table with 7 columns: Verein, Spiele, Gew., Unent., Verl., Punkte, Tore. Lists results for various clubs like Germania Magdeburg, Germania, etc.

Fußball.

Sport- und Spiel-Vereinigung (Eiga) gegen 1900 (Eiga). (2:0 - 1:0). Im fälligen Eigenen um die Eiserne Meisterschaft (Eisen) im obengenannten Mannschaften dem Schiedsrichter. Unter dem herrschenden starken Seitenwind hatte das Spiel sehr zu leiden und war eine Entwicklung der Mannschaften im Spiel nicht recht möglich.

Preußen gegen Victoria 96 (3:0, 0:0). Victoria 96 entschloß sich für Wind und hatte dadurch das Spiel vollkommen in der Hand. Preußen beschränkte sich in der ersten Halbzeit nur auf Durchbrüche, die aber nichts mehr einbrachten, da sie immer an der Verteidigung scheiterten.

Angarn gegen Mitteldeutschland ausgefallen? Infolge der politischen Wirren in Angarn war die Verbindung mit Rudolstadt unterbrochen, so daß eine Reise nicht zu erfolgen konnte.

Wernburg. Sportverein Wernburg 07 (Eiga) gegen Fortuna Magdeburg (Eiga) (1:0). Germania Halberstadt (Eiga) gegen Kicket-Viktoria Magdeburg (Eiga) (0:0).

Städtespiel Halle gegen Magdeburg. (3:2 - 1:1). Im Städte-hockeyspiel siegte Halle mit Vertärkung durch vier Magdeburger Spieler 3:2. Germania II gegen Kicket-Viktoria II (3:2).

Sport-Literatur. Deutsche Arbeiter-Sportzeitung. Soeben gibt die Zentralkommission für Sport und Körperpflege unter dem Titel eine neue Broschüre in Form der Tageszeitungen heraus, die die breite Öffentlichkeit über den gesamten Arbeitersport unterrichten soll.

Ein neuer bayerischer Winterportplatz. Rittenwald hat sich zwar wie alle Gebirgsortlichkeiten des bayerischen Hochlandes seit vielen Jahren schon Winterportplatz genannt, aber erst jetzt geht der dortige Verkehrs- und Sportverein daran, aus dem Wundt Ort zu machen.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Waldlauf. Die Gruppe Burg des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hatte den geführten Fußballspielverein Sonntag den 22. Oktober einen Waldlauf über 3000 Meter für Sportler über 17 Jahre, 2000 Meter für Sportler unter 17 Jahren zu veranstalten.

Advertisement for 'Tuban' cigarettes, featuring the brand name in large stylized letters and the slogan 'Aus edelsten Orienttabaken'. Below it, 'Figurillen' is written in a decorative font.

Advertisement for 'Spezial-Sport-Geschäft' featuring an illustration of a runner. Below the illustration, it lists sports: Fußball, Hockey, Tennis, Leichtathletik, Wintersport. The name 'Hugobohle' is written in a large, stylized font, with the address 'Johannisbergstraße 2' below it.

Advertisement for 'Haut rötet' (skin reddens) featuring an illustration of a man sitting at a desk. The text includes 'In's Auge fallend' and 'ist der mit Lavalin'. It also mentions 'erzeugte Hochglanz des Schuhwerkes' and 'Ueberall zu haben'. The name 'Paul Lührs' is prominent, along with the address 'Magdeburg, Kaisersstraße 19'.

Deutschösterreich in Bereitschaft.

In Deutschösterreich werden alle Maßnahmen getroffen, um einem Einfall der Karlisten und einem Aufbruch der österreichischen Monarchisten entgegenzutreten zu können. Die österreichische Sozialdemokratie fordert die Arbeiter auf, zur Abwehr mit der Waffe in der Hand sich bereit zu halten. Ein Aufruf spricht die Erwartung aus, daß die wahrhaftigen Arbeiter für die Zeit der Gefahr in die österreichische Reichswehr einzutreten. Die Komponenten der österreichischen Reichswehr sind nicht so stark, wie es der Friedensvertrag duldet. Es fehlen nach einer Mitteilung der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ noch einige tausend Mann. Die bürgerliche Großdeutsche Partei fordert ebenfalls auf, die Grenzen der Republik gegen den Habsburger zu verteidigen.

Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei und die Obmänner der Arbeiterwehren legen in Germanien, um alle Maßnahmen zur Sicherung der Republik durchzuführen.

Die Parteileitung der Großdeutschen Partei plant eine große Kundgebung für die Republik. Wie der Wiener „Abend“ mitteilt, soll die Parteileitung der Großdeutschen Partei in die Sozialdemokratische Partei mit der Aufforderung herantreten wollen, die Sozialdemokraten mögen im Hinblick auf die schwere Lage der österreichischen Republik wieder in die Regierung eintreten. Ferner teilt der „Abend“ mit, daß der gesamte Bahnverkehr nach Ungarn eingestellt ist.

Die Heimatwehren und Arbeiterwehren in Sizol sind zur ständigen Bereitschaft aufgerufen. Nach einer Meldung des „Total-Anzeigers“ wurde in Innsbruck angesichts der Gefahr eines monarchistischen Putsches ein republikanischer Ausschuß eingesetzt. Am Sonnabendabend wurden alle öffentlichen Gebäude durch mobile Arbeiter mit Maschinengewehren besetzt; auch die Heimatwehrliege in Bereitschaft. Zu Zwischenfällen ist es bisher nicht gekommen. Man glaubt allgemein, daß die Monarchisten den Augenblick zum Ausschlagen veräußt haben, da die Bewaffnung aller wehrfähigen republikanischen Organisationen jetzt durchgeführt ist. Die Landesregierung trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen und beschloß für den Fall, daß es auch in Oesterreich zu einem Monarchistenputsch käme, sich von Oesterreich zu trennen. Die beiden Führer der Innsbrucker Monarchisten Weiss und Reiter sind in Schutzhaft genommen worden.

Wird der Putsch gelingen?

Die Frage nach dem Gelingen des Habsburger-Putschs ist die Frage nach der Haltung, welche die kleine und die große Entente einnimmt. An der energischen Haltung der Tschekoslowakei und Südslawiens, die in der sogenannten Kleinen Entente vereinigt sind, ist der Osterputsch des Habsburgers seinerzeit geschwehrt. Auch jetzt treffen diese Staaten Maßnahmen, die zeigen, daß sie den neuen Putsch als eine ernste Bedrohung des eignen Gebiets ansehen. Die bisherigen Meldungen belagen:

Die Vertreter der Kleinen Entente sind beim Minister des Aeußern und beim Reichsverweser in Budapest erschienen und haben Erklärungen abgegeben, die dahin lauten, daß durch die Rückkehr des Königs der Frieden Mitteleuropas bedroht erscheine. Wenn die ungarische Regierung der radikalen Unternehmung nicht aus eigem Herr werden könnte, würden die Staaten der Kleinen Entente genötigt sein, einzugreifen.

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat die Mobilisierung von zwei Jahrgängen verfügt und scheint zu einem sofortigen Eingreifen entschlossen zu sein. Sie steht in ständigem Kontakt mit der Kleinen Entente, hat aber auch mit den Großmächten wegen der in Ungarn entstandenen drohenden Lage Fühlung gesucht. In Prag besteht die allgemeine Auffassung, daß man marschieren wird und daß man sich diesmal nicht mit einer neuen Flucht Karls begnügen, sondern die Entwaffnung Ungarns durchführen wird.

Diese Mitteilung ist uns im Laufe des Montag durch unsern Korrespondenten bestätigt worden. Die Tschekoslowakei hat alle Männer bis zu 32 Jahren mobilisiert. Auf den Bahnhöfen werden Truppen verladen und auf ihrem Marsche von der Bevölkerung mit patriotischen Kundgebungen begleitet. Der Eisenbahnverkehr nach Ungarn ist eingestellt.

Südslawien macht ebenfalls mobil und läßt drei Divisionen an die ungarische Grenze marschieren. Ein südslawischer Diplomat äußerte, wenn südslawische Truppen erst die ungarische Grenze überschritten hätten, würden sie in Ungarn gründlich aufräumen.

Die Haltung der großen Entente, insbesondere die von Italien und Frankreich, ist noch keineswegs klar. Es wird angenommen, daß Karl Habsburg Gründe zur Annahme hatte, daß diese Staaten seiner Unternehmung nicht unbedingt ablehnend gegenüberstünden.

Im Widerspruch zu dieser Annahme stehen allerdings folgende Meldungen:

Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichen der ungarischen Regierung eine Note, worin unter Berufung auf den Schritt am 3. April 1921 der Beschluß des Völkervertrags vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge eine Restauration des Habsburgers den Frieden gefährdet. Die ungarische Regierung wird daher neuerdings aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfaltung des Königs zu unternehmen.

Die italienische Regierung hat die jugoslawische Regierung benachrichtigt, daß sie die Schritte der jugoslawischen Regierung gegen das Unternehmen des Kaisers Karl ablehnen werde.

Die Vermutung, daß es der großen Entente nicht allzu leicht mit ihren Schritten gegen den Habsburger ist, gründet sich auf die Tatsache, daß sie Ungarn lieber nicht entwafrnen. Man erwartet energische Maßnahmen zur Uebergabe des Burgenlandes getroffen hat und Italien im besondern in einem Augenblick zu Südslawien sich befindet. Frankreich steht

im Verdacht, daß ihm eine Donaumonarchie unter einem Habsburger immer noch weniger gefährlich erscheint als ein einiges Deutschland. Von einem Habsburger Reich erhofft es eine Stöckung der Loslösungsbestrebungen in Bayern. Die Wiener Zeitung „Blauer“ läßt erkennen, daß sie auf eine solche Entwicklung hofft und der Korrespondent des „Temps“ will erfahren haben, daß Frankreich zur Unterstützung des Putschs sich verpflichtet habe, wenn drei Bedingungen erfüllt würden: Ungarn muß deutschfeindliche Politik machen, der Kleinen Entente beitreten und sein Heer unter französische Führung stellen.

Kabinettskrise auch in Belgien.

In Belgien stehen die Kammerwahlen vor der Tür, der Wahlkampf hat begonnen, die Parteien sind aufmarschiert. In diese ohnehin mit Hochspannung geladene Situation pläzt nun die Demission des Kriegsministers Devezze, die wiederum den Rücktritt des sozialistischen Arbeitsministers Anseele und seiner Kollegen Vandervelde, Destree und Wauters nach sich zog.

Der Grund zu der großen Krise des Herrn Devezze ist reichlich lächerlich. Bei einer sozialistischen Kundgebung in La Louvière war in Gegenwart Anseeles den sozialistischen Frontsoldaten eine Fahne übergeben worden, die in Süderei einen belgischen Soldaten darstellt, der sein Gewehr zerbricht. Ein bekanntes Emblem des Pazifismus also, über das sich sonst in Europa niemand aufzuregen pflegt.

Aber in Belgien liegen die Dinge anders. In demselben La Louvière hat im September als Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes Sassenbach in einer großen Friedensdemonstration gesprochen. Als Antwort veranstalteten kurz darauf die Bürgerlichen eine „Sühnekundgebung“, die zu einem solchen nationalistischen Nummel ausartete, daß ihrerseits die Sozialisten eine neue Kundgebung einberiefen. Und bei dieser Kundgebung wurde die ominöse Fahne überreicht, in Gegenwart des Ministers Anseele, der seine Rede in den Ruf „Es lebe die Internationale“ ausklingen ließ. Deswegen hat sich Herr Devezze in die Brust geworfen und in einem pathigen Schreiben seine Demission angeboten.

Wenn nicht gerade Wahlzeit wäre, so würde das Ereignis wenig Staub aufgewirbelt haben. Aber die bürgerlichen Parteien und vor allem die belgischen Liberalen brauchen Propaganda, brauchen eine Idee, um die sich ihre Anhänger sammeln können.

Da kam La Louvière gerade recht. Ein Minister des Königs, der an einer pazifistischen Kundgebung teilnimmt! Das ist Unterwühlung der Staatsautorität. Aufforderung zum Ungehorsam, Anreiz zur militärischen Rebellion. Nieder mit den Sozialisten, die mit dem Erbfeind Belgiens, mit den verhassten Hochs, wieder paktieren!

Wer die nationalistiche Verheerung weiter Volkstreife Belgiens kennt, weiß, daß es sich bei diesen Redensarten allerdings um eine jugendliche Wahlsparole handelt. Das Glend der Besatzungszeit, die ungeschickte, unpsychologische Taktik der preussischen Militärs, die grausamen Deportationen, alles das muß jetzt zur Stimmungsmache herhalten. Mit anderen Worten: Der Wahlkampf wird unter dem Leitmotiv Nationalismus oder Völkerverständigung geschlagen werden.

Auf der einen Seite stehen die Liberalen und die konservativen Katholiken, die beide sich in Chauvinismus (Cardinal Mercier) überbieten und für Belgien nichts sehnlicher als den innen- und außenpolitischen Kurs der reaktionären Regierung Frankreichs wünschen. Auf der andern Seite aber sammeln sich die Sozialisten und die kleine „Vlaamsche Front“, jene föderalistische Flamenpartei, die einen demokratischen-sozialistischen Einschlag aufweist und in der Sprachenfrage schärfste Gegnerin der französischenfeindlichen Bourgeoisie ist.

Die schwarzgelbrote Nationalfahne weht also dem roten Banner des kämpfenden Proletariats entgegen. Aber während in Frankreich der politische und gewerkschaftliche Sozialismus sich in seinen eignen Spaltungen erschöpft, zur Ohnmacht verdammt ist und dem „Nationalen Bloc“ bequemes Spiel läßt, verfügt die belgische Arbeiterpartei über großen politischen Einfluß. Sie wird auch nach den Neuwahlen Regierungspartei sein, daran ist kein Zweifel, und daher auch der Haß der Liberalen und Katholiken gegen sie. Daher auch der theaterhafte Rücktritt des Liberalen Devezze.

Wir hoffen, daß die belgischen Arbeiter, denen in den letzten Monaten Männer wie de Broeckere und de Man die Augen geöffnet haben über das wahre Deutschland, sich nicht wieder von dem nationalistischen Lärm der kapitalistenfreundlichen Parteien von dem verderblichen Schlagwort „Das Vaterland ist in Gefahr“ einsingen lassen werden. Gelingt es den belgischen Sozialisten die Regierungspolitik nach den Wahlen in friedfertige, verständigungsberedte Bahnen zu drängen, so ist zur Gesundung Europas ein Schritt vorwärts getan. Dr. Stein (Köln am Rhein).

Steuergesetze im Reichsrat.

Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Sonnabendabend zunächst den Gesetzentwurf über das Verfahren in Versorgungssachen, das bisher auf dem Verwaltungswege geregelt war und nunmehr auf gesetzliche Grundlage gestellt wird.

Bei der dann folgenden Beratung der Steuerborlage gab der Vertreter Preußens eine Erklärung ab, der sich die Vertreter Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Thüringens angeschlossen. Danach bilden die dem Reichsrat vorgelegten Steuervorlagen eine untrennbare Gesamtheit, die nur im ganzen beurteilt und verabschiedet werden kann.

In dem Entwurf des Kennzeichengesetzes hatte Preußen einen Entwurf vorgelegt, wonach an Stelle gesetzlich bestimmter Buchmacher eine Kennzeichentrale errichtet werden soll mit Ausnahme über das ganze Reich. Der Entwurf ist durch die Kennzeichentrale. Dieser Antrag wurde vom Reichsrat mit 14 gegen 30 Stimmen angenommen.

Beim Verfassungsgesetz wurde die Steuerlast von 15 Wfg. auf 1000 Mark für Vermögensbesitzer und von 20 Wfg. auf 1000 Mark für unbewegliche Gegenstände festgelegt. Die Besteuerung der Hagelversicherung — nach der Regierungsvorlage 40 Wfg. auf 1000 Mark — wurde auf 20 Wfg. herabgesetzt, die Besteuerung der Transportversicherung von 4 Prozent auf 3 Prozent. Die Besteuerung der Rentenversicherung wurde zugunsten der kleinen Renten bis zu einer Versicherungssumme von 5000 Mark ermäßigt, Hochrenten bis 600 Mark bleiben völlig steuerfrei.

Die Umsatzsteuer soll nach der Regierungsvorlage von 1 1/2 auf 3 Prozent erhöht werden. Ein Antrag Bayerns auf Erhöhung der Steuer auf 2 1/2 Prozent wurde mit 28 gegen 20 Stimmen angenommen.

Die Verabschiedung von Steuern und Gebühren in Speise- und Schankwirtschaften soll nach der Regierungsvorlage erhöhter Umsatzsteuer unterliegen, und zwar wurden zu diesem Zwecke die Wirtschaften in drei Klassen eingeteilt: schlichte Betriebe, bessere Betriebe und reine Zurschützebetriebe. Die Regierungsvorlage wurde angenommen, eine vorgeschlagene Zweiteilung abgelehnt.

Das Kapitalverkehrssteuergesetz (Verordnung der Börsensteuer) hat in den Ausschüssen eine ganze Reihe von Änderungen erfahren, bis das Plenum annahm.

Die untere Grenze der Vermögenssteuer beträgt nach der Regierungsvorlage 50 000 Mark, die Ausschüsse erhöhen sie auf 100 000 Mark. Diese 100 000 Mark sollen ein für allemal steuerfrei bleiben. Die Zuschläge zur Abdeckung des Reichsnotopfers wurden von den Ausschüssen in der Weise gestaffelt, daß für die ersten 100 000 Mark 100 Prozent, für die nächsten 150 000 Mark 150 Prozent, für die nächsten 200 000 Mark 200 Prozent und weiterhin 300 Prozent erhoben werden. Ein Antrag Preußens, den Höchstbetrag von 300 Prozent auf 200 Prozent zu ermäßigen, wurde vom Plenum mit 80 gegen 28 Stimmen angenommen, sonst blieb es bei den Zuschlagsbeschlüssen. Für kleinere Vermögen wurde ein Kinderprivileg nach den Beschlüssen der Ausschüsse eingeführt, ebenso Steuerbefreiungen für Leute über 60 Jahre. Vermögensherminderungen sind nach der Regierungsvorlage nur zu berücksichtigen, wenn sie mehr als den vierten Teil ausmachen. Der Reichsrat lehnte stattdessen den fünften Teil. Zum Reichsnotopfer beschloß der Reichsrat, daß von größerem Vermögen nicht zunächst ein Drittel, sondern 40 Prozent entrichtet werden sollen.

Beim Vermögenszuwachssteuer-Gesetz entbrannte wieder der Kampf darum, ob bei landwirtschaftlichen Grundstücken der Ertragswert oder, wie es die Regierungsvorlage will, der gemeine Wert zugrunde gelegt werden soll. Ein bayerischer Antrag, den Ertragswert zugrunde zu legen, wurde mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Angenommen wurde ein Ausnahmefall, wonach steuerpflichtig ein Zuwachs von über 50 000 Mark sein soll, die Regierungsvorlage hatte die Freigrenze auf nur 25 000 Mark festgelegt.

Ein Gesetzentwurf über Besteuerung des Vermögenszuwachses aus der Nachkriegszeit wurde vom Reichsrat dahin abgeändert, daß bei Grundstücken der bis zum 30. Juni 1920 eingetretene Wertzuwachs nicht besteuert werden soll, da die Wertveränderung auf die Entwertung der Mark zurückzuführen sei. Im übrigen sind Stichtage für die Besteuerung: 30. Juni 1919, 31. Dezember 1919 und 30. Juni 1920. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögenszuwachs von 200 000 Mark. Die Steuer wird in acht Klassen erhoben und variiert zwischen 1 bis 50 Prozent.

Bei der Körperschaftsteuer wurde nach den Ausschüssen eine Verdoppelung auf 30 Prozent vorgenommen. Das im Regierungsentwurf besetzte Steuerprivileg für sogenannte Schachtelgesellschaften wurde vom Reichsrat wieder hergestell.

Zum Schluß beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Entwurf eines Kraftfahrzeugsteuer-Gesetzes. Der Ausschuß hat verschiedentlich die Höhe des Regierungsentwurfs erhöht. Die Besteuerung der Kraftzeuge ohne Motorantrieb wurde der Landesgesetzgebung überlassen, unter der Bedingung, daß sie den Ländern zur Pflicht gemacht wird. Der Ertrag der Kraftfahrzeugsteuer wird auf 100 Millionen geschätzt.

Der zweite Thüringer Landtag.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Der zweite Thüringer Landtag ist am Freitag, nachdem er sieben öffentliche Versammlungen abgehalten hat, vom Präsidenten verlagert worden. Das neue Winterium ist nun vollständig, nachdem der unabhängige Bezirksrat Dr. Freil (Gera) zum Minister für Volksbildung bestellt worden ist und der Wirtschaftsminister, Genosse Fröhlich, die Präsidentschaft übernommen hat.

An Arbeit fehlt es dem neuen Landtag nicht, da bei der Auflösung des ersten Landtags am 30. Juli eine große Anzahl von Angelegenheiten unregelmäßig geblieben sind, darunter Gesetze über Schulfragen, die Ausübung des Verwaltungsrechts, Regelung des Wohnungsmangels u. s. m.

Außer der Aufarbeitung dieser Gesetze hat der Thüringer Landtag wichtige Neuaufgaben zu erledigen. Das am 20. Juli vom alten Landtag abgelehnte Grundsteuergesetz muß wegen der Sicherstellung der Finanzen bald wieder eingebracht werden. Ferner muß in nächster Zeit die neue Preiseinteilung vom Landtag verabschiedet werden, da die von den ehemaligen Thüringer Kleinstaatlen übernommene Einteilung in einige 20 Kreise und Verwaltungsbereiche einer bedeutenden Vereinfachung und Vereinfachung bedarf. Sodann muß eine neue Stadt- und Landgemeindeförderung geschaffen werden. Die sozialistische Regierung wird trotz aller Sabotagen der Reaktion diese Aufgaben erledigen.

In der vorstehenden kurzen Tagung wurden Thüringens 4 1/2 Millionen Mark für Sozialrenten und 1 1/2 Millionen Mark für kleine Kapitalrenten als einmalige Unterstützung bewilligt. Eine weitere Million bewilligte der Landtag für die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten. Damit hat der Landtag gezeigt, daß seine sozialistische Mehrheit in sozialer Welt zu arbeiten gewillt ist.

Die thüringische Regierung macht jetzt auch energisch Front gegen den Rassistentum. Das Wirtschaftsministerium hat die Besetzung eines Stabsprezidenten von 50 Mark für den Rentner festgelegt.

Notizen.

Dr. David Gieseler in Darmstadt. Wie die F. F. R. hören, ist Gieseler Dr. David, der frühere Reichsinnenminister, am Sonnabend zum Vertreter des Reiches in Darmstadt ernannt worden. Er übernimmt damit den Gesandtenposten, den bis vor kurzem der jüdische Ministerpräsident Graf Rechenfeld innegehabt hat.

Republikanische Reichswehr. Aus München meldet die Bay. Arbeiter des verstorbenen Königs, daß die Reichswehr, so man do eine Ehrenkompagnie stellen, welche die Ehre des Königs Hauses vom Bahnhof zur Ludwigstraße und später zum Dom begleitet. Die ganze Garnison Münchens, einschließlich der Landespolizei, wird bei der Trauerfeier Spalier bilden. Auch württembergische Garnisonen werden im Trauerzug vertreten sein.

Die amerikanischen Besatzungsstruppen werden vermindert. Die amerikanischen Truppen am Rhein, die gegenwärtig 13 500 Mann stark sind, sollen bis Mitte des Jahres 1923 allmählich bis auf etwa die Hälfte zurückgefahren werden.

Der bulgarische Kriegsminister ermordet. Der bulgarische Kriegsminister Dimitroff, der sich im Auto nach Schabdel beauf, wurde durch einen Bombenanschlag getötet. Ebenfalls im Auto wurde ein anderer ermordet, die sich mit ihm im Wagen befanden. Der Mörder hat unbekannt, das handelt es sich um einen politischen Mord.

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 250.

Magdeburg, Dienstag den 25. Oktober 1921.

32. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Oktober 1921.

Kleinbürgerliche Kunstkritik.

Wenn die Bemalung des Hauses Barasch nur zur Folge hätte, daß unsere Bürger sich mit ästhetischen Fragen ernsthaft auseinandersetzen, so müßte man sie schon aus diesem Grunde gutheißen. Es wird zwar viel von einer „Kunstverständigen“ oder „künstlerisch veranlagten Einwohnerschaft Magdeburgs“ geredet und geschrieben — aber man braucht bloß die Aufschriften an die bürgerlichen Wälder in der Frage der Hausbemalung zu lesen, um sich zu überzeugen, daß die meisten von diesen Wortführern der „Einwohnerschaft Magdeburgs“ gar nicht wissen, worauf es in der Kunst ankommt. Der Gegenstand des Streites, das Haus Barasch, tritt in den Hintergrund, die Art, wie sich unsere Mitbürger zu Kunstfragen stellen, ist das eigentlich Interessante: Wir brauchen hier um so weniger auf den Hochhausentwurf Lauts und die Fassadenbemalung am Breiten Wege zurückzukommen, als wir diesen Gegenständen bereits ausführliche Besprechungen gewidmet haben (in Nr. 234 und 243).

In den Aufschriften an die „Magdeburgerische Zeitung“ und den „General-Anzeiger“ offenbart sich eine vollkommene Hilflosigkeit des Publikums der Baukunst gegenüber. Man darf sich darüber nicht wundern, wenn man sich überlegt, in welcher kunstfeindlichen Atmosphäre unsere Besthenden aufgewachsen sind. Was bedeutete ihnen Kunst anders als Luxus? Sie war der guten Stube zu vergleichen mit den Blüschmöbeln, die durch gehäufte Dedekens vor dem Gebrauch geschützt werden mußten, ein vollkommen überflüssiges Lokal, das man nur am Sonntag nachmittags oder abends benutzte, auch wenn man sich mit seinen Wohnräumen noch so sehr beschränken mußte. Für all die Scheußlichkeiten, die man in dieser „guten Stube“ ansammelte, für die inaktiven Leberaden mit Photographien drin, für das unvermeidliche Pappabum, das mit farbigen Postkarten vollgestopft wurde, für die Schundmöbel mit den aufgetriebenen Leisten und Galerien und den Knöpfen, die einem in der Hand blieben, wenn man sie anrührte, für die Schmierigkeit der Kohlebergzeichnungen nach Photographien, die einen von den Wänden herunter anstieren, hatte kein Mensch mehr einen Blick.

Diese gute Stube war die Brutstätte für die Kleinbürgerlichen Begriffe von Kunst, von Schön und Häßlich. Der Kunstverständnis in Berlin in seiner oben Regelmäßigkeit und Endlosigkeit ist das Ideal der Straße für diese Art von Bürgergeschmack, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, die mitten drin steht wie eine steife Kröte, ein herrliches Gebäude. Die Wälder des nackten Erwerbsmenschen ist über die bürgerlichen Gemüter gestollt und hat alles ausgetilgt, was von Großvaters und Urgroßvaters Zeiten her darin wuchs. Der Kapitalismus hat dem Schönheitsfian gründlich den Varaus gemacht.

Aber das hindert alles unsere Magdeburger Zeitgenossen nicht, ihrer Meinung über Kunst im allgemeinen und farbige Fassaden in besonderem gedruckten Ausdruck zu verleihen. Ein gelehrter Kopf rechnet nach, wie groß der Lichtverlust durch farbigen, namentlich dunkelfarbigen Anstrich ist: bei Blau 75 Prozent, Braun 87 Prozent, „schmutzigem“ Gelb gar 80 Prozent, und er empfiehlt, alle Häuser weiß zu streichen. Dabei vergißt er nur, daß das schönste Weiß sich mit den Jahren in ein schmutziges Grau verwandelt, namentlich in unserer Industriestadt. Die vielen grauen Häuser am Breiten Wege waren sicher ursprünglich viel heller und freundlicher als heute; wie groß der Lichtverlust bei „schmutzigem Grau“ ist, hat er uns nicht verraten. Die viel wichtigere Frage der Einwirkung der Farbe auf unsere Nerven läßt der Einsender unerörtert. Er weiß offenbar nicht, wie stark und unmittelbar der Mensch auf lebhaftige Farben reagiert. Ein Blick ins Tierreich könnte ihm zeigen, daß Rot aufregend, Blau niederstehend wirkt. Die ganze Farbenlehre, die mit einer bestimmtem ausgesprochenen Farbe eine feistliche Eigenschaft verbindet: Liebe, Treue, Scheelsucht, Unschuld, Trauer, Hoffnung, ist Ausdruck für diese Reaktion des Innenlebens auf die Farbe. In England hat man während des Krieges in Heilstätten überraschende Erfolge erzielt mit bunten Zimmeranstrichen: man hat einen unmittelbaren beruhigenden, erheitenden, erheitenden Eindruck auf Krankenleidende festgestellt. Was fragen wir nach den 85 Prozent Lichtverlust, wenn uns das erquickende Grün des Waldes frisch und fröhlich macht? Und wer wollte behaupten, daß Weiß für die Augen besonders gesund sei? Genau das Gegenteil ist der Fall, wie uns die Schneebblindheit lehrt! Man

befrage doch lieber das unverdorrene Gefühl, was dem Auge wohltut, an Stelle einer statistischen Tabelle. Rinder und Wilde sind Farbenfreunde aus einem ganz natürl. Bedürfnis heraus, ebenso in vergangenen Jahrhunderten unsere Bauern in ihren bunten Trachten, die vielleicht den überfeinerten Beurteilern von Magdeburgs Hausanstrichen auch „farneballistisch“ vorkommen.

Wenn sich unsere braven Bürger wenigstens nicht auf das Glatteis der Kunstgeschichte begeben wollten! Aber da behauptet einer „Kunstweg“ nach der Herfchütternden Feststellung, daß Schinzel „gewiß ein edler Meister der modernen Architektur, auf buntfarbige Farbentöne verzichtet hat.“ — als ob die Farbenfeindlichkeit des Klassizismus, gegründet auf dem Wahne, die alten Griechen hätten ihre Tempel und Statuen unbemalt gelassen, uns zur Nachfolge verpflichtet könnte!

„Auch muß ich widersprechen, wenn es immer wieder heißt, daß die Baukunst in allen Zeiten niemals mit größerer Farbenfülle gearbeitet hat.“ Kein Mensch muß widersprechen. Nur er es trotzdem, dann muß er gewärtigen, daß man ihn an das alte Sprichwort vom Schuster und dem Leisten oder vom Baderbader und dem Kundenblech erinnert. Man (mit Ausnahme des Herrn Meffert) ist nämlich genau darüber unterrichtet, daß nicht nur die Griechen ihre Tempel bemalten, sondern auch die gotischen Baumeister ihre Fassaden, und zwar nicht nur Fachwerkhäuser, sondern auch Steinmauern. Die Anwendung angenehmer neutral wirkender Flächenanstriche in klets matten Tönen kann nur von jemand erdacht werden, der unter der ästhetischen Verblöding des 19. Jahrhunderts gelitten hat. Das Mittelalter kannte keine Simonabentöne wie unsere ängstlichen modernen Kleinbürger, sondern liebte ganz kräftige, ungebrochene Farben. Wir wir sie heute noch in Norwegen oder in Höhlen an den Holzhäusern bewundern können. Daß Bemalungen lediglich geschahen, um die Bildhauerarbeiten hervorzuheben, nie und nimmer aber, um ganze Gebäude koloristisch zu gestalten, ist eine erstaunlich dreiste Behauptung. Die mittelalterlichen Bauwerke sind fast ausnahmslos in der Ueberarbeitung der Barockzeit und des Klassizismus auf uns gekommen, man muß sich also wohl hüten, von ihrem heutigen Aussehen auf das ursprüngliche zu schließen. Und man sollte sich einen Satz wie der folgenden doch noch einmal durchlesen, bevor man ihn in Druck gibt: „Steinbauten sollen die Farbe tragen, die die Natur in ihrer prächtigen Vollkommenheit den Steinen verliehen hat, aber nicht so angepinselft sein, als ob unsere Kunst in eine alte Indierkultur zurückgefallen wäre.“ Die alte Indierkultur ist bedeutend wertvoller als unsere ganze europäische Zivilisation. Und die Natur in ihrer prächtigen Vollkommenheit hat uns Nordländer gezwungen, uns aus Wadstein kümmerlich gefügten Häuser mit Lünche zu überziehen. Dieser Lünche aber, der die Natur gar keine Farbe verliehen hat, müssen wir die Farbe verleihen; wir müssen da, so gottlos das auch erscheinen mag, der Natur beträchtlich nachhelfen. Also an der Sache vorbeigeredet, werter Einsender! Selbst das edelste Baumaterial ist in geschichtlichen Zeiten bemalt worden, der griechische Marmor und der ägyptische Kalkstein und Granit — und wir sollten uns abhalten lassen, unsere verputzten Hausflächen mit Farbe zu beleben?!

Aber wie können wir uns über die Simuloseigkeit der Latenteurteile wundern, wenn sogar Bruno Lauts eigne Fachgenossen, wie neulich in der Monatsversammlung des Architekten- und Ingenieurvereins, vom Expressionismus als der „überhaupten Ausdruck der nervösen Menschen“ und von der Architektur, die „durch die Farbe totgeschlagen“ sei, reden und damit ihre völlige Verständnislosigkeit für die architektonischen Aufgaben unserer Zeit in beschämender Weise eingestehen.

Zum Glück liegen sich auch andere Meinungen vernehmen. „Gegen jede Reglementierung der Kunst“ wurde protestiert und darauf hingewiesen, daß die Alten auch frei gearbeitet haben, und schließlich forgiert die hämpfende, vernünftige Wirkung der Zeit manche unharmonische Farbenwirkung. Also nicht gleich nach dem Mittel schreien wie im guten alten Polizeistaat Krähwinkel, und vor allem: nicht zu so jämmerlichem Ueberbalkass seine Zuflucht nehmen, daß die neue Richtung in der Häuserbemalung „mit finanzieller Unterstützung unserer Feinde propagiert“ werde, die sich „über die Geschmadsverirrung der heutigen Barbaren lustig machen“ wollten. Das ist ebenso läglich und für den Einsender blamabel wie der klaffige Kleinbürgerliche Satz, Laut sei als Stadtbaurat „nicht als Künstler gewöhnt“ worden. Jeder Kommentator würde seine Wirkung abschwächen.

Die Architekten über farbige Hausanstriche.

Eine Versammlung des Architekten- und Ingenieurvereins beschäftigte sich mit dem Thema „Farbige Hausanstriche in Magdeburg“. Professor Hahn führte hierzu aus, daß er in der Anordnung zur bewußten farbigen Gestaltung der Stadt Magdeburg eine bescheidene Tat habe. Es sei aber jetzt an der Zeit, an die bisherigen Leistungen Stellung zu nehmen. Bunte Hausanstriche könnten günstig und ungünstig auf die Stimmung der Menschen einwirken, letzteres dann, wenn zu harter Farbenwechsel gewaltsam die Nerven bearbeite, denn die farbenberührende, ausgleichende Wirkung grellen Sonnenlichts fehle in untern Breitengraden. Daher sei die harmonische Abstimmung der Farben nach Ton und Masse unbedingt. Die Fassade, der Innenraum seien Einheiten, die ohne Gefahr für die Gesamtwirkung nicht in Viehheiten aufgelöst werden könnten und dürften. Solchen Mißerfolg zeige z. B. das Treppenhaus des Rathhauses und das Raake-Haus. Besonders schlimm sei das Haus Barasch. Beim Hause Barasch wirkte erschwerend die hervorragende Lage im Blickpunkte des Alten Marktes. Die Forderung „Wahrung der Einheit“ gelte auch für Ingenieurbauten. Der Anstrich der Strombrücke löse die Konstruktion in ein Nebeneinander von Einzelheiten auf. Durch solche Behandlung werde der Konstruktionsgedanke zerstört. Besonders wichtig sei die Beachtung des Lichtwertes der Farben. Der absolute Lichtverlust betrage bei Weiß 32 Prozent, Gelb 60 Prozent, Rot und Grün zirka 65 Prozent, Blau 75 Prozent, Braun 87 Prozent, schmutzig Gelb 80 Prozent. Deshalb müsse in engen Straßen mit geschlossener Bebauung die beherrschende Grundfarbe hell, unter Umständen weiß gewählt werden. Dies sei auch in ästhetischer Beziehung merkwoll. Die bisherigen farbigen Hausanstriche ließen einen sicheren Erfolg noch nicht erkennen. Solcher sei nur möglich, wenn ein kräftiger Wille gepaart mit hochwertigem Farbensinn und Harmoniegefühl überall wirksam sein und bleiben könne. Dieser Idealfall sei in Magdeburg nicht gegeben und bei der Fülle der Aufgaben unerreichbar. Deshalb müsse ein künstlerischer Beirat der Baupolizei geschaffen werden, in dem außer dem Stadtbaurat der Architekten- und Ingenieurverein, der V. D. A., etwaige weitere kunstpflegende Vereine sowie die Baugewerk- und Kunstgewerkschaft mit beschließender Stimme vertreten wären.

In der anschließenden Aussprache erklärte Dr.-Ing. Clausen, daß bei impulsiver Tätigkeit, wie sie Stadtbaurat Laut ausübe, wohl öfters danebengebaut würde. Auch die Architektenamt Magdeburgs habe sich mancherlei vorzuwerfen. Man müsse sich vor Laut stellen, ihn in seinen Absichten, soweit sie gut wären, unterstützen, sonst aber scharfe Kritik üben. Architekt Paul Baum sprich gegen jede Reglementierung der Kunst. Das Schöne brauche sich von selbst Bahn. Die Alten hätten auch frei gearbeitet. Stadtbaurat Cavali: Die Malerei müsse sich der Architektur unterordnen! Oberbaurat Riemann bemängelte die geplante Bemalung der Albedstraße. Ein junger Maler erklärte unter allgemeinem Widerspruch, daß die Gegenwart zur Kritik nicht berechtigt wäre. Regierungs- und Baurat Gieseler widersprachen in der bekannten Worte: Vor der Kritik der Nachwelt sind wir nie sicher. Man soll tun, was man selbst verantworten kann. Es wird nicht besser in unserer Zeit, ehe wir nicht erkennen, was in uns, um uns und über uns ist.

Echließlich nahm man eine Entschließung an, in der zum Ausdruck kommt, daß die Versammlung der Ansicht ist, daß die Art der Farbgebung bei den neuen Hausanstrichen in Magdeburg nicht dem allgemeinen, gesunden Kunstempfinden entspricht. (Woher wußte man das so genau? Red.) Die Versammlung beauftragt einen Ausschuß, durch Beiträge ihre grundsätzliche Stellungnahme zu dieser Angelegenheit zu klären und die Beiträge zu veröffentlichen.

Ein Mißverständnis.

Der Sägenmacher Paul Frießde und der Arbeiter Johann Eisen aus Neesdorf bei Burg waren im Jahre 1919 als Soldaten beim Grenzschutz in Litauen. Im Mai desselben Jahres verlegte die Gruppe ihren Standort und bezog in einem kleinen Dorfe Litauens Quartier. Während des mehrtägigen Marsches ist die Verpflegung nicht immer regelmäßig und auch nicht allzu reichlich gewesen. Jedenfalls erforderlichen die Anstrengungen des Marsches eine bessere Kost, als während der Zeit des geregelten Dienstes. Um sich nun einmal „gütlich“ zu tun, gingen sie nach am Anfunftstag in dem betreffenden Dorfe in ein „Ranzehaus“, um vielleicht ein paar Eier und etwas Speck zu kaufen. Auf ihr Klopfen öffnete eine Frauensperson, der sie ihr Begehren vortrugen. Die Verständigung war äußerst schwierig, da die Russin kein Wort Deutsch verstand. Die Frauens-

San im Moor.

Roman von Luise Westlich.

(10. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Mit abgenommenen Hüten sprachen die Nachbarn ein Gebet. Der Sarg wurde geschlossen und auf den Wagen gehoben. Weit auf flog das Dielektor. Der Lehrer schritt mit den singenden Kindern voraus, dann folgte, von Klappen gezogen, der Wagen. Anna hatte sich geweigert, mit aufzusteigen. Zu Fuß wollte sie ihrem Vater das letzte Geleit geben. Hilmer ging an ihrer Seite. Dann kam die Poppe'sche Sippe. Die ndern Kolonisten schlossen sich an, alle Kolonisten von Weherdam und viele von Seebergen und den Nachbarkolonien. Der Zug wand sich die Straßen entlang, dem hochgelegenen Friedhof des fernen Kirchdorfs zu. Ueber ihm ließen die jungeliebenden Wirten am Wegrand ihre Zweige, schwer von Nebeltröpfchen, hängen, die Bekannten um die Gehsteige hogen sich vor Räße. Ein laorriges schwarzes Gitter zeichnete die Aeste der noch lahlen Eichen in das weiche Grau des Himmels. Die schon manneshoher Galme des Regens neigten sich wie zum Abschiedsgruß vor dem, der die Saat in die Erde gestreut hatte und die reifen Schwaden nicht in die Scheune sammeln würde. Dann tat das wilde Moor sich auf; ein braunroter Kollertüppel von der verdorrten Heidekrautblüte des vergangenen Jahres dehnte es sich nach rechts und links, bis wo die dunstige Erde mit dem dunstigen Himmel verschwamm.

Nach einem Wege von Fünftelstunden tauchte der spärliche Kirchhof von Weherdam auf. Die Straße lag vom Kanal ab, um den Sandhügel zu umgehen, auf dem der Friedhof lag, den Dünenhügel aus der Zeit, als das Meer hier noch seine Wellen rollte. Weitab von Kirche und Neden hieg er in sanftem Hügel empot, um auf der andern Seite in steiler Böschung abzufallen zum Kanal, ein hoher Luginsand, sicher von der Ueberflutungsfluten der Schneeschmelzen im Frühjahr. Eine hölzerne Doppelpforte war in die grüne Heide eingelassen. Vor den zurückgebliebenen Flügeln wartete im Lataz der Geißliche und wieß voranschreitend dem von sechs Kolonisten getragenen Sarg den Weg zu der Ruhstätte, die Gertrud Allmer im Gemüht hatte, hart über dem Wasser auf dem höchsten Punkte. Wieder sangen die Kinder. Der Pastor fand ergreifende Worte. Und während unter seinem Segenspruch der Sarg langsam ansant in sein Bett, brach die Sonne plötzlich aus dem Nebel und zeigte das weite Moor in glorreichem Frühlingsorange. Langsam wanderte der Zug heim, um im Kranerhaus sich zu häften. San Osmar trennte sich kurz vor der Kolonie von

Jürgen-Ohm, an dessen Seite er im Zuge geschritten war, und schlug den schmalen Pfad ein, der hinter den Gehästen durch das Moor führte.

Mit federnden Schritten ging er und dehnte wöhlig die jungen Glieder. Das leise stumme Jauchzen und Vorwärtsbrängen zu Lust und Liebe war in ihm wie in den rings um ihn aufspringenden Wäldenknospen. Herrgott, wie war es schön zu leben! — Jehnsch schöner noch, wenn man eben mit dem Ellbogen den Neb gestreift hat. Heller auf dunkeln Grunde leuchtet das Licht. Gefahr erhöht den Reiz. San hatte das erprobt auf tollkühnen Erkundungsritten im Manöver über ein Gelände, über das kein Reiter ihm jemals folgte. Viel Lob hatten diese Ritte ihm eingetragen und die Hochachtung all seiner Vorgezählten. Ihm hatten sie gegeben, was er für keinen Orden und kein Lob hätte einzufragen mögen: das untergehende Bonnegelühl, auf steilem Felsgrat den Abgrund unter sich mit der Kraft der Schenkel, mit eiserner Haut den entsetzt leuchtenden Gaul vorwärts zu zwingen auf der Schneide zwischen Leben und Tod, in einem Augenblick zusammengebrängt mit verdundertfacher Stärke seine Macht, seinen Mut, seines Lebens heißen Puls zu spüren. Und doch hatte eben dies richtigmehnde Draufgangertum ihn aus den Reihnen des Heeres gedrängt. Wer jauchzend sterben kann, will auch jauchzend leben. Und der schönen Dirnen waren so viele in der Stadt! Und meinten's so ernst! Und verlangten Ewigkeit für ein Empfinden, dem gerade wegen seines Uebermaßes nur Minuten zugemessen sind. Kann ein Gemitter durch Monate donnern? Oder eine sich erschließende Wüste die entzückende Reuschheit ihres ersten Entfaltens sich bewahren durch die staubigen Stunden eines Tages? — Aber sie verlangten's, die süßen Mädel. Sie bedrängten ihn. Sie warfen Gefehesparagrafen nach ihm, die Fangschlingen. Da war er ihnen entwichen. In seine Heimat hatte er sich geflüchtet. Das Moor sollte ihn wie ein unsichtbar machender Jauhermantel bergend einhüllen mit seiner Debe, seiner Unwegsamkeit. Denn es lag in jenen Tagen unerforschten wie ein unerforschtes Erdteil mitten in Deutschland, unbekannt den nächsten Nachbarkolonien, mit Einsamkeiten, in die der Gendarm selten, Pastor und Lehrer niemals drangen, mit Sandstränden, in denen Hunderte von Menschen geboren wurden, lebten, einander liebten und besetzten und starben, ohne Standesamt, ohne Polizei, so unbekannt ihrer Obrigkeit wie die Regter Zentralasias. Den Kort Fredelow hatte er mitgenommen, aus einem Gemütsgefühl und weil er sein willenloses Werkzeug war, so etwas wie sein Spürhund bei seinen Erkundungen auf Mädchen. Sonst hatten die beiden nichts gemein. Denn Kort war furchsam, lebte an der Erde, am Geld, und seine Wünsche gingen alle in die Zukunft nach Land, nach Habe. San dagegen lebte im Augenblick für

den Augenblick, sorglos und stolz, mit Sicherheit verlangend nur Genuß.

Hinter Kolonist Willgrebes Gehöft stand noch im bunten Vänderschmutz der Maibaum, den er geplant hatte. Um den Baodosen spielten die Kinder. Uebelheit arklidete er nicht. Nur hilflos hatte er sie im Almerhof gesehen, wo sie um die ernte Tochter des Vorstehers sich mühte. Auf dem Friedhof war sie nicht gewesen. Wo mochte sie weilen? Als er um das hohe Aehrenfeld bog, das sich hinaufstreckte ins Moor, entdeckte er sie am Aderrain, wo sie roten Mohr und weiße Ringelblumen zum Straube band. Die Sonne, die rot am Morgenrand hing, übergoß ihre weiße Haut mit zarter Rosenfarbe und malte schimmernde Richte in ihr Goldhaar. Entzückt betrachtete er sie.

„Uebel!“
Sie erschrak. Röter als die rote Sonne glühte ihr Gesicht.
„Du? — Wist denn nicht auf'm Almerhof? Wie find dr, Vater, Mutter, das Gefinde.“

„Wo du mich, Uebel.“
„Ich wür dr woll upstun noch“, entschuldigte sie. „Wer kann ein denn Anna Allmer besitzen? Die nimmt kein Trost an — nich mal von Hilmer Poppe.“

„San legte den Arm um ihren Leib. „Du würdest Dich tröffen lassen von ein', der Dich recht lieb hat, wie?“

„Ich weiß nich“, antwortete sie. „Es gibt dr woll arg pweze Dingen's um unermehliches Herzleid, aber ich mein, ein liebes Wort von ein', der es gut meint, mühte ein' immer aufzurichten.“

„Du süße Fern.“ Er küßte sie.
„Ich hab ja in mein Leben nig gehabt wie Sonnenschein.“ wehrte sie demütig. „Wirklich un wahrhaftig, monnigmal schäme ich mich, daß gerad mir so'n großes Ding zugefallen is, wie Deine Liebe, um ich mücht ungeheuer viel wert sein, um sie zu verdienen. Is es denn auch wahr? Hast Du mich lieb?“

„So lieb, daß ich lieber mein Leben lassen mücht, als Dich upstunns ans mein Armens.“

„Jan! — Jan!“ — Es war ein Aufschrei.
„Hast Du mich denn nicht lieb, Du?“

„Woll! Woll! — So lieb! So lieb. — Ach, laß mich los, Jan.“

„Du Dummes! Jürgen-Ohm is ja all auf'n Weg un mach das richtig mit Dein' Vater.“

Heiße Küße erküßten ihren Widerspruch.
„Ich muß fort! Ich muß nach unfer Haus. Die Kolonisten kommen all die Straße herauf. Ich muß dr sein bei'n Abendessen.“

(Fortsetzung folgt.)

Siedlung und Gartenbau

Sozialismus und Landwirtschaft.

In Hamburg hat Genosse Eduard David in einer Versammlung interessante Ausführungen über die Agrarpolitik der Sozialdemokratie gemacht. Die Darlegungen sind wert, daß sie besonders den Genossen auf dem Lande im weitesten Maße bekannt werden. Nach dem „Hamburger Echo“ sagte Genosse David: Die Fürsorge für ausreichende Ernährung ist die Grundlage praktischer volkswirtschaftlicher Tätigkeit, ist aber auch die wichtigste Aufgabe für die moderne Arbeiterbewegung, für die gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Tätigkeit. Darum wird von jetzt an der Sozialismus, den wir praktisch betreiben, in erster Linie Agrarsozialismus sein, und erst wenn wir das agrarsozialistische Problem praktisch gelöst haben, wenn die Ernährung für alle Fälle gesichert ist, werden wir an die übrigen Fragen herangehen können. Die Bevölkerungsproblematik hängt ab von dem Stande der Bodenkultur, von der Rentabilität der auf den Boden angewandten menschlichen Arbeitskraft, von der Summe der dem Boden abgerungenen notwendigen Nahrungsmittel. Es können nicht mehr Menschen existieren, als der Boden an Nahrungsmitteln jährlich zur Verfügung stellt. Während 1818 18,5 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung 6,5 Millionen landwirtschaftlicher gegenüberstanden, waren es 1910 18 Millionen landwirtschaftlicher Bevölkerung gegenüber 47 Millionen nichtlandwirtschaftlicher. Es mußte also für rund 20 Millionen Menschen in Deutschland Nahrung aus dem Ausland bezogen werden. Jetzt sind wir dazu nicht imstande, sondern auf die Produkte des eignen Landes angewiesen. Daher die gesteigerte Not, daher jetzt das viel ernstere Gesicht, das die Ernährungsfrage, das agrarpolitische Programm für uns hat. Daher die unzureichende Ernährung für Millionen mit den körperlichen und seelischen Schädigungen, mit dem ungeheuren Verlust an Menschenglück und Wohlfühlensfreude. Da ergibt sich für die Sozialdemokratie, als der größten politischen Macht in der deutschen Republik, die Frage: Was müssen wir tun, um die notwendigen Nahrungsmittel im Lande zu beschaffen, daß der Hunger unserer Bevölkerung aus den eignen Bodenprodukten gestillt werden kann, und daß wir nicht von draußen her einzukaufen brauchen, daß wir einen Ausfuhrüberschuß bekommen, mit dem wir unser Geldwesen wieder in die Höhe bringen und die Reparationslasten abtragen können. Landwirtschaftliche Steigerung der Ernteerträge vom eignen Boden, Steigerung der Produktion überhaupt, das ist der Weg. Ist es nun möglich, aus dem heimischen Boden so viel herauszuholen, daß nicht nur der Nahrung während des Krieges ausgeholfen wird, und nicht nur die Einfuhr, die wir vor dem Kriege hatten, und jetzt auch noch zum Teil haben müssen, unnötig ist, und daß darüber hinaus mehr erzeugt wird, und alle Deutschen vom heimischen Boden ausreichend ernährt werden können? Jawohl, das ist möglich. Und zwar ist das zu erreichen in einem Zeitraum, der für praktische Politiker in Betracht kommt. Es ist durchführbar, daß in 3 bis 4 Jahren schon eine wesentliche Erleichterung da ist, daß wir den Stand vor dem Kriege überholt haben, und daß wir in weiteren 3 bis 4 Jahren die Einfuhr nicht mehr nötig haben, und in 12 bis 15 Jahren die Einfuhr nicht mehr nötig haben, und in 12 bis 15 Jahren die Einfuhr nicht mehr nötig haben, und in 12 bis 15 Jahren die Einfuhr nicht mehr nötig haben.

Mit Maschinen können wir allerdings diese Produktionssteigerung nicht erreichen, denn die Maschinen sind nicht das Mittel in der Landwirtschaft, die Produktion, die Massen der Produkte zu steigern. Sie haben ihre Bedeutung, aber sie haben nicht die Bedeutung, mehr aus dem Boden herauszuholen. Es besteht ein ganz wesentlicher Unterschied zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion. In der landwirtschaftlichen Produktion steht im Mittelpunkt ein lebendiger Prozeß, eine lebende Pflanze oder ein Tier, kurz also ein organischer Prozeß, ein Werden, Wachsen, Reifen und Vergehen; die menschliche Arbeit ist nur Vorkatalysator. Das Industrieerzeugnis aber ist ein mechanisches Produkt. Aus diesem Gegensatz ergeben sich für die Technik und für die landwirtschaftliche Produktion und ihre ganze Entwicklung ganz andere Gesetze. Die landwirtschaftliche Arbeit vollzieht sich in einem großen Rhythmus, viel größer verhältnismäßig als bei der Industrie, und während in der Industrie der Mensch mit seinem Arbeitswerkzeug feinfühlig, ein feinfühliges System hat, wo das Rohmaterial an die Maschinen befördert wird, um dort seine Bearbeitung zu erfahren, ist es in der Landwirtschaft umgekehrt, da heißt das Rohmaterial feil, auf der Wiese, auf dem Acker, und der Mensch muß mit seinen Werkzeugen zu ihm hingehen. Dadurch bekommt die Landwirtschaft einen lokomobilen Charakter. Da man das Tempo in der landwirtschaftlichen Produktion nicht beschleunigen kann, so kann man auch nicht beliebig die Produktionsmassen steigern. Darum ist das Konkurrenzverhältnis zwischen großen und kleinen Landwirten gar nicht in der Weise vorhanden, wie zwischen großen und kleinen Handwerksmeistern. Die Tatsache steht fest, daß das Gesetz der Konzentration auf die landwirtschaftlichen Betriebe nicht zutrifft. In der Landwirtschaft herrscht keine Konzentration, sondern eine Dezentration der Betriebe.

Der Lebensprozeß, der pflanzliche oder tierische, muß intensiver gestaltet werden. Je besser das Saatgut, desto besser die Ernte. Es ist möglich, unsere Ernteerträge zu steigern, wenn gutes Saatgut verwendet wird. Damit im Zusammenhang stehen die Düngungsverhältnisse. Gemüßige Düngung, rationelle Düngung gehören natürlich dazu. Intensive Düngung der Bodenkultur, das ist für Deutschland das große volkswirtschaftliche Gebot der Stunde. Für den einzelnen Betrieb hängt die Möglichkeit intensiver Wirtschaft ab von dem Vorhandensein ausreichender fleißiger und tüchtiger Arbeitskräfte. Die heimischen Landarbeiter verlangen mit Recht endlich Lohn- und Lebensverhältnisse, die ihnen ein Dasein als gleichberechtigte Menschen ermöglichen. Eine heidnische Regelung der Arbeitszeit, der Löhne, der Wohnung und der sonstigen Daseinsbedingungen bedeuten für die großen Gutsherren natürlich eine bedeutende Steigerung der Produktionskosten. Dem wollen sich die Großagrarier entziehen, um ihren Profit nicht schmälern zu lassen; sie versuchen, die Forderungen der heimischen Arbeiter durch Heranziehung von billigen fremdländischen Arbeitskräften zu umgehen. Aus volkswirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen ist dieser Ausweg den Großgrundbesitzern zu verlegen. Ebenso entzünden muß verhindert werden, daß sich die Agrarier ihrer Billigkeit dem Volke gegenüber entziehen und zu exzessiven Nahrungsförmern zurückgehen. Dieser Rückwärtsentwicklung der Nahrung heimischer Bodenenteile ist mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.

Für die bäuerliche Familienwirtschaft sind die Schwierigkeiten, die den großen Gutsherren den Fortschritt zu intensiver Acker- und Viehwirtschaft verleiern nicht vorhanden. Wie der landwirtschaftliche Großbetrieb seiner Natur nach auf möglichst intensive Ausbeutung fremder Arbeitskraft, so ist der Kleinbauer auf möglichst intensive Nutzung seines Bodens angewiesen. Die Tendenz auf steigende Intensität der Bodennutzung entspringt dem Wesen der bäuerlichen Familienwirtschaft. Die Verwertung von Arbeitsmöglichkeit und Ertragsmöglichkeit auf begrenzter Fläche ist ihr Lebensgesetz. Es fehlen der Bauernschaft aber vielfach die Kenntnisse und Mittel, um alle Ertragsmöglichkeiten der Wissenschaft und Technik heute anzuwenden zu können. Hier entspringen weitere Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und der Länder: Die raide allgemeine Hebung der bäuerlichen Fachbildung ist durch Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichts und Beratungswesens sicherzustellen.

Der Nutzen rationeller Düngung und Verwendung dessen Saatgutes ist durch Beispielwirtschaften und Musterstücke jeder Dorf-Genossenschaft vor Augen zu führen. Die Beschaffung und Anwendung von künstlichen Düngemitteln und anerkanntem Saatgut ist durch Körperliche und genossenschaftliche Vermittlung zu organisieren und gesetzlich sicherzustellen. Auch die Förderung intensiver Viehzucht durch planmäßige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Tiere auf dem Wege der Züchtung und rationeller Fütterung ist in Angriff zu nehmen. Ein mächtiges Hilfsmittel zur Förderung des landwirtschaftlichen Fortschritts in der breiten Masse der Bauernschaft ist die genossenschaftliche Vereinigung für die Beschaffung der nötigen Produktionsmittel sowie für die Verarbeitung und Verwertung der Erzeugnisse. In der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung haben wir die Form vor uns, in der sich der Gedanke der Sozialisierung im Bereich der organischen Produktion Bahn bricht. Indem die landwirtschaftliche Produzentenschaft die Außenwirtschaft des bäuerlichen Betriebs erfasst und nach allen Richtungen hin verzwiegt, wirkt sie zugleich auf die innerbetriebliche Gestaltung, auf rationelle Bearbeitung, Düngung, Saatgutverwendung, Tierauslese, Fütterung, usw. Die harte Kriebkraft des persönlichen Eigeninteresses wird dabei nicht geschwächt, sondern in die Linie des Gemeininteresses gebracht. Die landwirtschaftliche Produzentengenosenschaft bereinigt die technischen und kommerziellen Vorbeile der kollektiven Großwirtschaft mit den psychologischen Vorzügen der bäuerlichen Familienwirtschaft. Aufsteigend von der örtlichen Vereinigung strebt diese Bewegung in Verbindung mit körperlichen und staatlichen Einrichtungen und Maßnahmen zu einer vollständigen Durchorganisation der gesamten Landwirtschaft. Zugleich aber werden von hier auch die Brüden geschlagen hinüber zu einem genossenschaftlichen Organisationsystem der Verbraucher, wie es sich in den Konsumgenossenschaften und ihren Verbänden gestaltet. Auf diesem Weg allein ist die Ausschaltung unnötiger und volkswirtschaftlich schädlicher Zwischenglieder unter Ausbau einer rationalen Organisation der Volkswirtschaft möglich.

Den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb als solchen erhalten und fördern, heißt sonach nicht in „reaktionärer Mittelstandsretterei“ zu machen, sondern es heißt, dem Drange der tatsächlichen Entwicklung freie Bahn schaffen. Zugleich bietet er den in ihm arbeitenden Menschen die gesündesten Lebensverhältnisse, frei von allen Schattenseiten des kapitalistischen Lohnarbeitersystems. Daher stehen wir nicht an, die Verwandlung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in bäuerliche Kleinbetriebe als erstrebenswertes Ziel aufzustellen. Die Republik hat in ihrer Siedlungsgesetzgebung die formalrechtlichen Wege gebahnt zur Neuschaffung von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben und Wohn- und Gartenheimstätten auch für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung. Wer große Hindernisse türmen sich der Durchführung in den Weg. Das größte bildet die zureichende Beschaffung von zur Siedlung geeignetem Land. Hier hatten noch wichtige gesetzgeberische und praktische Arbeiten ihrer Erfüllung. Mit aller Macht wird die Sozialdemokratie danach die Siedlungssache durchzuführen und sich auch in anderer Hinsicht der Interessen der Kleinbauern gegen die großen Landwirte und Grundbesitzer annehmen müssen. Nicht ein unerbittlicher wirtschaftlicher Gegensatz, wie die Großagrarier glauben machen wollen, sondern eine tiefverankerte Interessengemeinschaft besteht zwischen der Landbauernschaft und der übrigen wertaktiven Volksmasse.

Die Reaktionen haben das Wort Sozialismus den Bauern als Schreckwort zugeführt. Man hat ihnen alle möglichen Schandtat und Schandpläne als sozialdemokratische Politik vorgeführt, um die kleinen und mittleren Landwirte in Gegensatz zur sozialdemokratischen Kulturbewegung zu bringen. Der bäuerliche Selbstbewußtsein hat von der Sozialdemokratie nichts zu fürchten. Es ist in der Tat so, daß die Landwirtschaft heute schon viel weiter auf der Bahn sozialistischer Entwicklung fortgeschritten ist, als Industrie und Handel. Diese Erkenntnis muß Gemeingut der Kleinbauernschaft werden. Alle Hemmungen, die eine dicke Befriedung mit sich bringen, frei wachsenden und sicher ihres Daseins freudigen Menschen hindern, sind aus dem Wege zu räumen. Lebende Gefühle soll harter Hochgenuss Menschen, die keine Knechte sind, sollen den Wandrer grüßen, wo auch immer er das deutsche Land durchzieht. Daran mitzuarbeiten, ist die große Aufgabe der Sozialdemokratie, die damit den Bestand der Demokratie und der Republik sichert.

Siedlungsmöglichkeiten.

Das Deutsche Reich umfaßt in seinen bisherigen Grenzen ohne Elb-Lothringen, aber unter Einschluß der sonst abzutretenden Gebiete, 526 335,80 Quadratkilometer oder 52 633 580 Hektar Land. Mehr als die Hälfte hiervon entfällt auf Acker und Gärten, etwa ein Sechstel auf Wiesen und Weiden und ein Viertel auf Forsten und Holzungen. Es sollte hiernach angedacht werden können, daß der zur Verfügung stehende landwirtschaftlich nutzbare Boden die Bevölkerung mit Getreide, Kartoffeln und Fleisch ausreichend zu versorgen vermag und daß es nur darauf ankommt die landwirtschaftliche Produktion in erfolgreicher Weise zu organisieren. Ob im übrigen nicht noch ein Teil der mit Forsten und Holzungen bedeckten Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden könnte, da viele der vorhandenen Gehölze kaum einen wirtschaftlichen Nutzen besitzen, dürfte der weiteren Prüfung vorzuziehen sein. Wenn die Forsten und Holzungen auf 20 Prozent der Gesamtfläche herabgedrückt würden, so ergäbe das eine Fläche von mehr als 2 Millionen Hektar, die wenigstens zum Teil wohl landwirtschaftlich kultiviert werden könnte.

Die deutsche neue Siedlungsgesetzgebung stellt wohl die wichtigste Arbeit auf dem Gebiete des Agrarwesens seit hundert Jahren vor; und doch lassen sich die Auswirkungen des Siedlungsgesetzes nur auf bestimmte Provinzen anwenden. In Süd- und Mitteldeutschland ist schon jetzt eine starke Parzellierung des Grund und Bodens festzustellen. Allerdings gibt es auch da noch zahlreiche ländliche Großbetriebe sowie erheblichen Landbesitz von Staat, Kirche und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften. In Rheinland und Westfalen liegen die Verhältnisse ähnlich. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß am Niederrhein weite Wiesen- und Moorflächen für Siedlungszwecke nutzbar gemacht werden können. Die Provinz Hannover kann noch sehr viel Siedlungsland stellen. Dort gibt es namentlich ungeheure Flächen Heide-, Moos- und Oedland, das kultiviert und der Siedlung erschlossen werden kann. Man schätzt die in Betracht kommende Landfläche in der Provinz Hannover auf 800 000 Hektar. Der Kreis Fallingb. allein besitzt bei seiner Größe von 400 000 Morgen noch heute etwa 100 000 Morgen Oedland. Es ist gelungen, unter Zuhilfenahme moderner Kraftmaschinen in kurzer Zeit große Teile dieser Fläche in vollwertiges Kulturland zu verwandeln. Kulturmüßiges Oedland gibt es indessen in fast allen Teilen Deutschlands. Die größte Gelegenheit zur Siedlung bieten die östlichen Provinzen, in denen auch bisher bereits der Schwerpunkt der ländlichen Siedlung gelegen hat. Hier ist der Großgrundbesitz am stärksten vertreten. Dasselbe ist in etwas geringerem Maß in der Provinz Brandenburg der Fall. Neben den aus Privatgutbesitz hervorgehenden Flächen muß vor allen Dingen der Besitz der sogenannten

Latene Land, also Domanen, Kirchen- und Schulland und Kloster-
güter in Betracht gezogen werden.

Es ist aber sehr wichtig, daß die Ländereien, die den Besitzern nicht direkte Leibesbesitz auf- oder absteigender Linie sind. Es muß ein in allen Fällen und ohne Einschränkung anwendbares öffentliches Ankaufsrecht festgelegt werden und dabei darf man gleichzeitig die Bestimmungen nicht vergessen, die in Bezug auf die Höhe des Ankaufspreises bestehen, daß Spekulationspreise nicht gegahlt werden dürfen, sondern daß das Land nach seinem natürlichen Ertragswert in geeigneten Zeiten bewertet wird. Nicht zu umgehen ist ein sachgemäßer Ausbau des Enteignungsrechts. Die öffentliche Gewalt muß mehr als bisher in der Lage sein, in geeigneten Fällen zur zwingenden Wegnahme von Siedlungsland schreiten zu können. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß hierunter nicht ein mußergültiger Bewirtschafter Landbesitz leidet, und ferner, daß ein sorgfältig aufgebauter und wirtschaftlich rational organisierter Wirtschaftsbetrieb in seiner Produktionskraft nicht so sehr herabgemindert wird, daß er die vorhandenen Produktionsbetriebsmittel nicht ausnützen kann. Die Enteignung soll sich also in der Hauptsache auf Zellstücke aus dem Großgrundbesitz und auf solchen Landbesitz erstrecken, der tatsächlich schlecht bewirtschaftet oder dem nicht die erforderliche Sorgfalt bei der Bewirtschaftung zugewendet wird. Diejenigen Besitzer, in deren Eigentum sich aufgelassene, früher selbständige Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstellen befinden, sollten gehalten sein, diese Stellen zur Neubefriedung wieder zur Verfügung zu stellen. Dadurch würden in kurzer Zeit Tausende neuer ländlicher Siedlungen geschaffen werden können, ohne daß der Aufbau neuer Gehöfte Schwierigkeiten und Verzögerungen verursachen würde, da meist ältere Gehöfte für die erstmalige Einrichtung in der überwiegenden Zahl der Fälle vorhanden sein dürften. Das Siedlungsgesetz wird vor allem dahin auszubauen sein, daß die Frage des Enteignungsrechts klarer umschrieben wird und leichter anwendbar zu machen ist.

Während die Siedlungsgesellschaften das Land freihändig oder im Wege des Vorkaufs und der Enteignung erwerben können, sind die Landlieferungsverbände verpflichtet, auf Verlangen der Siedlungsunternehmungen zu Siedlungszwecken geeignetes Land aus dem Bestande der über 100 Hektar großen Güter bereitzustellen. Es herrscht aber im allgemeinen eine sehr große Unklarheit darüber, bis zu welcher Höhe eine Abtrennung von Land möglich ist. Die Verpflichtung zur Landlieferung besteht so lange, bis ein Drittel der Fläche der großen Güter mit Einschluß der Domanen für Siedlungszwecke bereitgestellt ist oder bis die landwirtschaftliche Nutzfläche dieser Güter nicht mehr als 10 v. H. der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche des Anstaltungsbezirks beträgt. Wenn ein Großgrundbesitzer — was sehr selten vorkommen dürfte — Land für Siedlungszwecke unmittelbar und freiwillig zur Verfügung stellt, so sind diese Flächen auf das von dem Besitzer an den Lieferungsverband abzutretende Gelände anzurechnen. Alle diese Maßnahmen, die einerseits paragrafenmäßig eine Heranziehung des Großgrundbesitzes verbürgen, verhindern andererseits eine planlose Zerstückelung der großen Güter, die zudem gar nicht einmal im Gesamtinteresse der Bevölkerung liegt. Selbst jeder Siedler wird sich darüber klar sein, daß bei der Auswahl der auszuweisenden Grundstücke zwar mit großer Energie, aber auch mit genügender Vorsicht vorgegangen werden muß, damit nicht die gesamte landwirtschaftliche Produktion, die durch die Siedlung ja gehoben werden soll, benachteiligt wird.

Kartoffelaufbewahrung.

Reife und noch dazu mit Erdklumpen behaftete Kartoffeln lassen sich schwer überwintern. Man suche die frischen und kleinen Futterkartoffeln heraus und bewahre sie so auf, daß sie zuerst zum Verbrauch kommen. Sind zuviel frische Kartoffeln gesammelt, die eine Trennung von den gesunden nicht möglich ist, so werden diese nicht auf dem Feld eingemietet, sondern im Keller aufbewahrt, wo sie einer fortwährenden Kontrolle und Auslese unterworfen werden können.

Der Kleinfiedler, welcher bis zu ungefähr 15—20 Zentner geerntet hat und die Kartoffeln nicht im Keller unterbringen will, sucht einen möglichst trockenen und schattigen Platz aus, gräbt eine entsprechende runde oder rechteckige Grube von etwa 40 Zentimetern Tiefe und füllt in der Längsachse einen Graben von 1 Spaten Tiefe und 2 Spaten Breite. Ueber ihn breitet er Lannenzweige und trockenes Reisig aus. Die Kartoffeln werden nun in die Grube geworfen und spitz oder dachförmig aufgeschichtet. Sie müssen unbedingt lufttrocken, von allem Erdklumpen befreit und alle frischen gut ausgelesen sein. Man deckt sie dann leicht mit Stroh oder Kartoffelstreu und ungefähr 10—12 Zentimetern Erde ein. Bei der Kleinfiedler der Platz ist eine Dummströbe nicht nötig; die Kartoffeln trocknen bis Ende Oktober völlig aus und erhalten dann, wenn die Temperatur unter 3 Grad sinkt, eine starke Winterdecke von 10 Zentimetern Stroh oder Kraut mit Erde gemischt, welches nach festgetampelt wird und darüber dann noch etwa 20—25 Zentimeter Erde. Den Bedarf an Boden zur Bedeckung nimmt man, nachdem die aus der Grube ausgeworfene Erde verbraucht ist, von beiden Seiten der Miete, indem man längs der Grube einen regelrechten Graben ausfüllt; dieser dient dazu, daß von der Miete ablaufende Wasser in die Tiefe zu leiten, so daß es nicht zu den Kartoffeln eindringen kann.

Wer keine Kartoffeln im Keller lagern will, achte darauf, daß sie nicht unmittelbar auf den Kellerboden zu liegen kommen, sondern lege so viel Bretter auf hochgezogene Mauerecken, als er Raum für die Lagerung beansprucht und stelle auch an feuchte Wände schräge Bretter. Die aufgeschichteten Kartoffeln werden vor Frost geschützt und im Winter öfter auf frische Kartoffeln untersucht, was am besten dadurch geschieht, daß die Kartoffeln erst an dem einen Ende der Bretter aufgeschichtet und dann nach 4 Wochen mit der Hand auf die andre Seite geworfen werden. Hierdurch wird die peinlichste Auslese aller frischen und schlechten Kartoffeln bewirkt.

Die Bienenzucht.

Der Bienenzucht wird bei weitem nicht mehr das Interesse entgegengebracht, wie es notwendig wäre. Die Erzeugnisse an Honig sind so gering geworden, daß im Jahre 1912 nur noch 152 354 Doppelzentner im ganzen Deutschen Reich geerntet wurden, also noch nicht einmal ein halbes Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Wie sich die Bienenzucht in den letzten Jahren entwickelt hat, läßt sich leider noch nicht feststellen, da die letzte Bienenzählung im Jahre 1912 stattfand. In der Provinz Sachsen wurden im Jahre 1900 gezählt 92 850 Bienenvölker, im Jahre 1921 aber nur noch 87 654. Es ist also ein nicht unbedeutender Rückgang zu verzeichnen. Dementsprechend ist auch die Honigernte zurückgegangen. Sie betrug im Jahre 1900 noch 5 995 Doppelzentner, während sie im Jahre 1912 nur noch 4 593 Doppelzentner betrug. Was aus der Bienenzucht herauszuholen ist, das zeigt die Provinz Pommern. Dort wurden 1912 rund 125 000 Bienenvölker gezählt, also etwa 37 500 mehr als in der Provinz Sachsen. Die Honigernte aber betrug rund 18 000 Doppelzentner, also viermal so viel als in der Provinz Sachsen. Man sieht daraus, daß in der Provinz Sachsen noch sehr viel getan werden muß, um der Bienenzucht die Stellung einzuräumen, die sie in Anbetracht unserer wirtschaftlichen Notlage unbedingt einnehmen muß.

Kleine Chronik.

496 Tote als Opfer der Explosion in Opatowitz. Seit dem 2. Oktober sind noch 18 Todesfälle in den Krankenhäusern als Folgen der Opatowitz-Explosion gemeldet.

Ein Arrest von 8 Millionen. Gegen den Direktor Reich der Reichsbank, der zuletzt in Frankfurt a. M. in Untersuchungshaft war, wurde vom Finanzamt wegen Umlagesteuer-Unterschlagung ein Arrest in Höhe von 8 Millionen Mark auf sein sämtliches bewegliches und unbewegliches Vermögen erlassen.

Schwarzer Marmor im Frankfurter Wald. Im Frankfurter Wald wurden in der Gegend von Kaila große Funde schwarzen Marmors gemacht.

Schwere Stürme. Ein orkanartiger Sturm tobte Sonnabend nacht und bis zum Sonntag nachmittag über Hamburg und der Umgegend.

Der Sturm hat auch auf der Nordsee schwer gewirkt, und es ist zu befürchten, daß in den nächsten Tagen noch Schiffsunfälle gemeldet werden. Gegen 6 Uhr abends haute der Sturm ab, so daß das erwartete schwere Hochwasser zu sinken begann.

war. Sie uns aus Mainz gedröhrt wird, ist infolge eines starken Schneesturms die Drahtverbindung mit ganz Mittel- und Nordschweben unterbrochen.

Bereins-Kalender.

Wied nur gegen Vorauszahlung, die Stelle 1.00 Mark aufgenommen. Zentralverband der Metzger. Am Dienstag den 26. Oktober, abends 8 Uhr. Versammlung der Metzger. Fachklub.

Gewinn-Ausgang

18. Freitag, 26. (244. Brent.) Klassen-Lotterie a. No. 7. Stellungsl. 21. Oktober 1921.

Jede gezogene Nummer hat gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je aber auf die Lotterie Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers like 'Gewinn-Ausgang' and 'Klassen-Lotterie'.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers like 'Gewinn-Ausgang' and 'Klassen-Lotterie'.

Die in dem vorhergehenden Gewinn-Ausgang nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den hiesigen Lotterie-Einnahmern zur unentgeltlichen Einsicht aufliegen.

Wasserstände.

Table showing water levels for various locations like Parbaditz, Brandeis, and others. Columns include 'Wasserstand' and 'Höhe'.

Wettervorhersage.

Dienstag den 25. Oktober: Noch unruhig, wechselnde Bewölkung, einzelne Regen- oder Schneefälle, Temperatur nahe Null.

Sumor!

Songest. u. waffl. Herren u. Damen. u. n. 29 J. weichen an Abendessen gel. 12 u. 13 u. ein humor. Scherzspiel.

Reichsband der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ortsgruppe Magdeburg. Geschäftsstelle: Hauptbahnhofstr. 59, I. Telefon 7718.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten

Ordnung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerverwundeten. Freitag den 28. d. M., abends 7 Uhr.

Schafwolle - Strumpfstränge

fauche sofort gegen prima Strumpfwaren (Kammgarn), auch zum Weben von prima Herren-, Postäm., Haus- und Schürzen-Stoffen.

A. C. Martens Zuschneide-Lehranstalt

Lehranstalt für Herren- und Damen-Kleidung. Magdeburg, Petriförder 5, pt.

Spezialhaus für Möbel-Transport

Gut eingearbeitetes Fuhrpersonal unter persönlicher Leitung. Hermann Wolf.

Geschlechtskrankheiten

Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe! Spezialbehandlung für Geschlechtskrankheiten.

Zuschneidekursus

Grund. Unterricht im Zuschneiden u. Schneider. Frau M. Eichel, Kaiserstraße 46.

Alle Sorten Tierhaare

Alle Sorten Tierhaare kauft Liebenow & L. Sternstr. 29.

Der deutsche Feinbäder

Der deutsche Feinbäder. Preis 8.50 Mark.

Photoapparate

Objektive, Ferngläser. Kauft Köhner, Schopenhauerstr. 9.

Rechtsbeistand

in Ehe-, Alimenten-, Straf- und Steuersachen. Rechtsanwalt.

Ueberbiete

Gold-, Silber-, Platin-Bruch. (Ringe, Ketten, Broschen, Uhrgeh.

Verkaufe

Verkauf von Möbeln, Teppichen, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.

Verloren

Verloren: Geld, Dokumente, etc.